Einzelpreis 10 Pfennige

Halle, Dienstag, den 29. April

Jahrg. 1924 • Nr. 100

Das „Volksblatt" erscheint mit einer wöchentlichen Wahlbeilage jeden Werktag; Sonnabends mit der Illustrierten Unterhaltungsbeilage „Volk und Zeit". Das „Volksblatt" ist zugleich das Publikationsorgan des genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 43—44. Hinterh II. Fernruf 4667. Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungs-Gebühr für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis für den Monat März 2,— Goldmark. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 30 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44, Fernruf 4605, Zweigstelle Gr. Ulrichstr. 27 — Postscheckkonto 203 19 Erfurt. —

Ein schamloses Urteil unter vielen.

Räuber und Plünderer dienen nach der Auffassung eines Münchener Gerichts dem Vaterlande und werden wegen lauterer Gesinnung freigesprochen.

Deine Antwort, Arbeiter?

Nur der sozialdemokratische Stimmzettel.

München, 29. April. (Eig. Drahtbericht.)

Unter starkem Andrang von Hakenkreuzlern wurde am Montagnachmittag das Urteil im Prozeß gegen den Stoßtrupp Hitler verkündet. Es erhielten wegen eines Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat die beiden Rädelsführer Maurice und v. Knobloch je 1 Jahr 6 Monate Festungshaft und 100 Mk. Geldstrafe, Fröschel und Schneider je 1 Jahr 4 Monate Festungshaft und 50 Mk. Geldstrafe, sämtliche übrigen Angeklagten die Mindeststrafe von 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft und 30 Mk. Geldstrafe. Feichtmayr und Otto wurden außerdem wegen Diebstahls mit 2 Monaten Gefängnis bestraft. **Das Gericht billigte sämtlichen Angeklagten für ein Jahr 3 Monate Bewährungsfrist zu.** (!)! Außerdem wird allen Verurteilten die Untersuchungshaft angerechnet. Da Maurice und Schneider nicht in Untersuchungshaft waren, haben sie drei bzw. einen Monat Festungshaft abzubüßen. Die übrigen Angeklagten wurden sofort auf freien Fuß gesetzt.

In der Begründung dieses (schamlosen. D. Red.) Urteils wird festgestellt, daß der Tatbestand, wie ihn die Anklageschrift aufweist, als erwiesen anzusehen ist. Die Angeklagten haben bewußt und vorsätzlich **das Unternehmen Hitlers gefördert, ihre Taten sind also lediglich als Ausführungshandlungen ihres Vorsatzes zu betrachten.** Auch ohne die einzelnen Handlungen (Zerstörung der „Münchener Post", Geiselerhaftung der Stadträte usw.) stellt das Verhalten der Angeklagten eine strafbare, hochverräterische Handlung dar. Allerdings ist die Zerstörung der „Münchener Post" ein Uebergriff in fremdes Eigentum. Aber der eigentlich Verantwortliche ist der flüchtige Hauptmann Gering (Wenn er vor Gericht stände, dann würde er natürlich zu den Unverantwortlichen gehören und ebenfalls freigesprochen werden. D. Red.), der dem Stoßtrupp den entsprechenden Befehl im Namen der neuen Regierung gegeben hat. **Die Angeklagten glaubten sich zu dieser Handlung verpflichtet wie Soldaten.** (!) Infolgedessen waren die Beschuldigten zu Mindeststrafen zu verurteilen, von der nur in vier Fällen abgegangen werden mußte, weil die Betreffenden sich spezielle Gewalttätigkeiten gegen einzelne Personen zuschulden kommen ließen. Milderungsgründe sind außerdem gegeben **in der lauteren Gesinnung der Angeklagten** (!) und in ihrem blinden Vertrauen auf ihre Führer. Es muß ihnen zugestanden werden, daß sie **ihrem Vaterlande nützen wollten** (!); **das ergibt sich auch schon allgemein aus der Zielrichtung der Nationalsozialistischen Partei.** (!).

Im besonderen beschäftigt sich die Urteilsbegründung, die sich in sehr vielem auf das Urteil des großen Hitler-Prozesses stützt, mit dem Einwand der Verteidigung, daß der Stoßtrupp eine militärische Streitmacht gewesen sei, die nicht Hitler, sondern Ludendorff unterstellt war, und da Ludendorff freigesprochen sei, müßten auch seine Soldaten, die nur den Befehl ausgeführt hätten, freigesprochen werden. Dazu stellt das Gericht fest, daß Ludendorff nach seinen eigenen Angaben **kraft eigenen Rechts als Verfechter der Patentlösung gehandelt hat.** (!) Ludendorff stützte sich nicht auf Hitler, wie das bei den Angeklagten ausschließlich der Fall war. Ihr Vorsatz ist also ein grundsätzlich anderer als der Ludendorffs.

Das Urteil im kleinen Hitler-Prozeß reibt sich **dem** Freispruch Ludendorffs und der Strafe für die Hochverräter Hitler, Poehner und Genossen würdig an. Aber es ist heute zwecklos, über die seit mehreren Jahren in Bayern ohne Unterbrechung betriebene Justizschande viel Worte zu machen. Allein der Gedanke, daß Toller und Mühsam heute immer noch hinter Festungsmauern sitzen, während Hitler mit „Bewährungsfrist" davongeritt und Ludendorff freigesprochen wurde, charakterisiert die im „Ordnungsstaat" übliche „Gerechtigkeit" genügend. **Am 4. Mai muß die Wählerschaft über diese Schmach ihr Urteil fällen.** Sie muß zur Urteilsbildung vor allem folgendes beachten: Die Urteilsverkündigung im kleinen Hitler-Prozeß besagt u. a., schon die **Zielrichtung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ergebe, daß die Nationalsozialisten ihrem Vaterlande nutzen wollen.** Bisher aber hat diese Zielrichtung sich praktisch mit Mördern und Räubern identifiziert. **Wenn bayerische Richter es trotzdem fertigbringen, die in fortgesetzter Form vollzogenen Verbrechen der Nationalsozialisten gewissermaßen als im Interesse des Vaterlandes liegend zu betrachten, dann kennzeichnen sie damit zur Genüge ihre geistige Verfassung, die für das Vaterland ebenso verderblich ist wie das Wirken der Nationalsozialistischen Partei.**

Sozialdemokratisch oder kommunistisch?

Eine Warnung und eine Mahnung.

Ein Magdeburger Feinmechaniker, der nach dem Kriege als Spezialarbeiter in England Arbeit gefunden hat, schrieb einem Kollegen, der den Brief der sozialdemokratischen Presse zur Verfügung stellte. Wir zitieren aus diesem Briefe die folgenden politischen Ueberlegungen:

Lieber Kollege!

. . . am meisten freut mich, daß Du endlich wieder Arbeit gefunden hast. Hier schreiben alle Zeitungen, daß es überraschend sei, wie schnell sich Deutschland wieder erhole, und alle Welt nimmt an, es werde in Deutschland eine Zeit der Hochkonjunktur kommen, die Arbeitslosigkeit werde in Kürze ein Ende haben, wenn es gelingt, in der Reparationsfrage zu einer Verständigung zu kommen.

Seit den Wahlen in Mecklenburg und besonders, seit in Bayern gewählt wurde, mehren sich aber die Stimmen — auch unter den englischen Kollegen wird diese Auffassung laut —, die befürchten, der neue Reichstag werde so zusammengesetzt sein, daß eine Regierung, die zur Verständigung bereit ist, nicht zustande kommt. Die Stimmen für die Völkischen gelten hier als Stimmen für Ludendorff und einen neuen Krieg. Ich brauche Dir nicht auseinanderzusetzen, daß die völkische Säbelrasselei ein heller Blödsinn ist. . . .

Wenn man einige Zeit im Ausland ist, sieht man aber auch andere Dinge mit anderen Augen an, zumal wenn man, wie ich, den englischen Wahlkampf erlebt hat. Es ist überhaupt merkwürdig, wie die englischen Arbeiter die Politik betrachten. Bei den letzten Wahlen haben zum Beispiel auch sehr viele, die zur Kommunistischen Partei gehören oder mit ihr sympathisieren, für die Labour Party — so heißen hier doch die Sozialdemokraten — gestimmt. Als ich sie fragte, warum, sagten sie, die Kommunisten hätten doch keine Aussicht, die Regierung übernehmen zu können. Wenn sie aber nicht für die Labour Party gestimmt hätten, wären die Aussichten, daß wenigstens die Labour an die Regierung komme, schlechter geworden, und besser sei jedenfalls, daß MacDonald Ministerpräsident werde als Baldwin oder Lloyd George.

Du weißt, daß ich seit unserer Rückkehr aus dem Feld immer für die Kommunisten gewesen bin. Mir kann aber ihre jetzige Politik gar nicht gefallen. Ich frage Dich, was soll werden, wenn im neuen Reichstag nicht eine Mehrheit zustande kommt, die für eine Verständigung ist und eine entsprechende Regierung bildet? Und diese Gefahr ist sehr groß, wenn die Völkischen, Deutschnationalen und Kommunisten so viel Stimmen erhalten wie in Bayern.

In England glaubt man aber, daß noch die jetzige deutsche Regierung seine Abmachungen auf Grund der Sachverständigengutachten treffen wird. Diese Abmachungen sind bindend für jede Regierung, wenn die nicht einen neuen Krieg machen will. Dann wird der neue Reichstag zu bestimmen haben, wer die Kosten tragen soll. Wenn stait der Deutschen die Engländer in dieser Lage zu wählen hätten, würde alleindiese Frage im Wahlkampf erörtert werden. Und ich meine, die deutschen Arbeiter müßten begreifen, daß sie alles aufbieten müssen, um eine Mehrheit ins Parlament zu schicken, die einmal für die Verständigung ist und zum anderen dafür sorgt, daß zuletzt wieder alle Lasten auf die Arbeiter abgewälzt werden. Da nun die Kommunisten an der Parlamentsarbeit nicht teilnehmen wollen, gegen eine Verständigung sind, so bleibt den deutschen Arbeitern nichts übrig als

möglichst viele Sozialdemokraten in den Reichstag zu schicken,

sie müssen ebenso Politik machen, wie es die englischen Arbeiter taten. Es glaubt doch kein vernünftiger Mensch, daß die Sozialdemokraten nicht die Interessen der Arbeiter vertreten, sonst würden die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten nicht so wütend bekämpfen und offen aussprechen, daß es ihr Ziel ist, die Sozialdemokraten ganz auszuschalten, sie nicht nur von der Regierung fernzuhalten, sondern sie auch aus der Verwaltung wieder zu entfernen. Bis zur nächsten Wahl müssen die deutschen Kommunisten für einen anderen Kurs ihrer Partei sorgen, der sich nach den Verhältnissen in Deutschland richtet. Dann wird wohl auch die Zeit wiederkommen, daß es in Deutschland nur eine große Arbeiterpartei gibt.

Das, lieber Kollege, habe ich Dir geschrieben, weil Du in Deinem Briefe durchblicken hast lassen, daß Du diesmal kommunistische wählen willst. Ich kann Dir nur raten, sozialdemokratisch zu wählen, und ich hoffe, daß Du im Betrieb meinen Brief herumgehen läßt.

Herzliche Grüße Dein Bruno S. . .

Dieser Brief zeigt eine klare und nüchterne Einschätzung der Verhältnisse und der politischen Notwendigkeiten in Deutschland, so wie sie wirklich sind. Vor solchen Ueberlegungen zerschellt alles kommunistische Geschrei und alle illusionäre Phrasenpolitik. Auch wir wünschen, daß dieser Brief in recht vielen Betrieben zirkulieren möge, damit die bessere Einsicht bei manchem Schwankenden siegt.

Justizminister a. D. Genosse Neu ist zum Landgerichtsdirektor in Leipzig ernannt worden.

Die Arbeitslosigkeit in der Chemnitzer Textilindustrie hat nach den statistischen Angaben des Städtischen Arbeitsamtes Chemnitz im März einen gewaltigen Rückgang zu verzeichnen. Die Zahl der Erwerbslosen ging von 8809 auf 4104, d. h. um mehr als 50 Prozent zurück. Die Kurzarbeiter verringerten sich sogar von 7500 auf 2150.

Das Defizit in der österreichischen Handelsbilanz beträgt für Januar und Februar 190 Millionen Goldkronen gegen 100 Millionen im Vorjahre. Die österreichische Presse äußert große Befürchtungen für den Fall, daß sich der Außenhandel weiter so ungünstig entwickeln.

Achtung, Leser!

Die vorliegende Nummer des „Volksblatt" kann heute infolge Störung in der elektrischen Leitung nur als achtseitige Notzeitung erscheinen.

Eisenbahner und Reichstagswahl.

Von F. Scheffel,
Vorsitzender des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Am 4. Mai treten die Volksmassen an die Wahlurne und entscheiden über ihre Zukunft und über die Gestaltung der Deutschen Republik. Zweifellos ist jede Reichstagswahl von großer Bedeutung, weil die Zusammensetzung der gesetzgeberischen Körperschaft ausschlaggebend ist für die politische, soziale und wirtschaftliche Struktur Deutschlands und für den Lebensstandard der Bevölkerung. Diesmal steht jedoch viel mehr auf dem Spiel als je zuvor. Dabei zeigt sich eine unheilvolle Zersplitterung der Kräfte. Eine große Zahl von Parteien bemüht sich um die Gunst der Wähler.

Soll in Deutschland künftig eine wahnsinnige Revanchepolitik, eine unsinnige Kriegshetze getrieben werden? Wollen wir neue Sanktionen, Bedrückungen, Bürgerkrieg und Anarchie, oder soll eine Politik der kühlen Vernunft Platz greifen, die zur Völkerversöhnung, zu einer Gesundung der Wirtschaft und zur Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse führt? Das sind die wichtigsten Fragen, die am 4. Mai zur Entscheidung stehen. Selbst wenn der größte Teil der Wähler genügend politischen Weitblick besitzt und die Kriegstreiber nicht auf ihre Rechnung kommen, so kommt es immer noch darauf an, wie die Kriegsschulden und Reparationslasten verteilt werden. Wenn sich unsere Eisenbahner nicht selbst den Strick um den Hals legen wollen, dürfen sie nebst ihren Angehörigen unter keinen Umständen einer rechtsstehenden Partei die Stimme geben.

Mit Versprechungen aller Art und schönen Verheißungen wird der Bruder Arbeiter umworben. Kollegen, verlaßt Euch nicht darauf. Denkt an die Vergangenheit! Denkt daran, wie gerade die Eisenbahner verlästert und geschmäht wurden! Die Leute, denen man in der Kriegszeit das höchste Lob spendete, wurden jahraus, jahrein als Faulenzer beschimpft. Denkt daran, wie man Euch behandelte und entlohnte, wie Eure erworbenen Rechte systematisch gekürzt wurden! Vergeßt nicht, daß im schlimmsten Winter plötzlich Hunderttausende Eurer Kameraden aufs Pflaster flogen, Euch der Achtstundentag geraubt wurde! Daß durch die neuen Dienstdauervorschriften Euch ein Dienst bis 16 Stunden pro Tag und mehr aufgebürdet wurde. Das alles und vieles andere kommt auf das Konto der bürgerlichen reaktionären Regierung und der Rechtsparteien. Erinnert Euch der Stellungnahme der Regierung bei Beginn des Abwehrkampfes an Rhein und Ruhr und an die Folgezeit! Wunderbare Versprechungen wurden unseren Eisenbahnern gegeben, aber gehalten wurde so viel wie nichts. Der Dank des Vaterlandes ist fürchterlich, wie einer unserer Funktionäre aus der Pfalz einst sehr treffend sagte. Nur bei der Sozialdemokratischen Partei haben wir jederzeit Verständnis und Entgegenkommen gefunden. Bei aller Stärke aber war die Sozialdemokratie dennoch zu schwach, um immer den Ausschlag zu geben.

Mit Sirenengesängen begibt sich auch die KPD. auf den Stimmenfang. Mit bombastischen Worten und verlogenen bildlichen Darstellungen sucht sie Euch zu betören. Diese Partei spielt sich auf als die lautere, wahre Verschterin der Arbeitnehmerinteressen. Mit Lügen, Verdrehungen, Verleumdungen und allerlei Roßtäuscherkunststückchen hetzt sie die Arbeiter gegeneinander. Alte erprobte Kämpfer, selbstlose Gewerkschafter und Sozialisten werden grundlos verlästert und beschimpft. Der Meinungskampf mit den Angehörigen der KPD., soweit diese den Moskauer Direktiven folgen, wird von den Kommunisten in der unanständigsten Weise geführt. Mit Wut und Haß wird verfolgt, wer nicht auf die Moskauer Päpste und ihre Jünger schwört. Zum Verräter wird gestempelt, wer die Kräfte und die Mittel der Gewerkschaft so einsetzt, daß ohne unnütze Opfer die Lebenslage der Mitglieder gebessert wird, soweit es der heutige Stand der Wirtschaft gestattet.

Es ist angebracht, an die zersetzende und zerstörende Wühlarbeit fanatischer Vertreter der KPD. zu denken, die planmäßig in den Gewerkschaften getrieben wird, um angeblich die „Einheit" herbeizuführen. Eisenbahner allerorts, denkt an die vergangene Lohn- und Streikbewegung, die von der Sozialdemokratie und ihrer Presseleitung unterstützt, aber von der KPD. nach Kräften geschädigt wurde. Dabei wagt es die „Rote Fahne", in ihrer Ausgabe vom 6. April 1924 folgendes zu schreiben: „Eisenbahner, diese Zustände hätten niemals einreißen können, wenn nicht an der Spitze der deutschen Arbeiterorganisationen eine Bande von Kapitalslakaien säßen. Der Führer der Sozialistischen Partei und die Führer der Eisenbahnerverbände haben Euch durch Verrat und Feigheit in das Elend stürzen helfen."

Soviel Worte, soviel bewußte Unwahrheiten. Eine Partei, die so arbeitet, kann unmöglich die Unterstützung eines denkenden Eisenbahners finden. Die KPD. will weder auf wirtschaftlichem noch auf politischem Gebiet nutzbringende Arbeit leisten. Sie will

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404291-11/fragment/page=0001

nur entzweien, zerstören und die Arbeiterklasse in Not und Verzweiflung stürzen. Sie will keine geschlossene, überzeugte Masse, sondern sie will hoffnungslose, verzweifelte, von Leidenschaften getragene Menschen schaffen, die im Chaos untergehen. Nur in einer blühenden Wirtschaft, die einen starken Eisenbahnverkehr bedingt, kann es den Eisenbahnern gut gehen. Das will die KPD. nicht. Sie lehnt jede positive Arbeit ab. Die „Rote Fahne" schrieb z. B. in Nr. 24 vom 28. März 1924 unter der Spitzmarke „Die Kommunisten und das Parlament" u. a. folgendes: „Die Kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch Aktionen zu sprengen." — Deutlicher kann sich der Wahnsinn der kommunistischen Methoden nicht offenbaren, und damit dürfte diese Partei für jeden zielbewußten Gewerkschafter erledigt sein. Weder Hakenkreuz noch Sowjetstern kann unser Panier sein.

Eisenbahner allerorts, stärkt Eure wirtschaftliche und soziale Position durch die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter. Wir brauchen einen neuen Reichstag, eine starke Partei, auf die wir uns stützen und verlassen können und die bereit ist, unsere gewerkschaftlichen Forderungen im Parlament zu verfechten. Der gewerkschaftliche Kampf allein ist unvollkommen ohne kräftige Nachhilfe im Reichstag. Wir brauchen nicht nur ausreichende Entlohnung und Sicherung unserer Existenz. Der Achtstundentag muß wieder erobert und durch Gesetz verankert werden. Wir brauchen mehr Arbeiterschutz und einheitliches Arbeitsrecht, getragen von neuem Geiste und nicht eingeengt durch bureaukratische Fesseln, nicht Einschränkung der sozialen Rechte, sondern Ausbau, Vervollkommnung des Betriebsrätegesetzes und Schaffung eines Beamtenrätegesetzes. Mehr Sozialpolitik auf allen Gebieten und Sicherung der Existenz der Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, der Arbeitslosen, das verlangen wir. Die Reichsbahn soll nach dem Plan der Reparationskommission und der Eisenbahn-Sachverständigen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, die von einem Direktorium und einem Verwaltungsrat geleitet wird. Der neue Reichstag muß die Stimme der Eisenbahner hören und ihre Forderungen berücksichtigen. Da können wir uns nicht auf leere Versprechungen einlassen, nicht auf unsichere Kantonisten bauen, und auch mit Phrasen ist uns nicht geholfen. Nur eine starke sozialistische Fraktion kann Einfluß ausüben auf die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn und die zukünftige rechtliche und soziale Stellung des Personals. Viele unserer Eisenbahner stehen verärgert und teilnahmslos abseits, und auf Gewerkschaft und Partei wälzt man eine Schuld, die diese nicht trifft. Gewiß haben Menschen und Partei Fehler und Mängel. Aber es gibt nur eine Partei, der wir vertrauen können, und das ist die Sozialdemokratische Partei, für die wir am 4. Mai werben und stimmen müssen.

Wie sollen die Beamten wählen?

Das Riesenheer der Beamten aller Grade, dem in der wilhelminischen Epoche jede Beschäftigung mit der Politik verboten war, steht am 4. Mai vor der Frage: wen sollen wir wählen? Eine klare und wohlbegründete Antwort auf diese Frage gibt die Schrift: Nieder mit den Beamten!, die im Verlag für Sozialwissenschaften erschienen ist. Diese klare, wohlbegründete Antwort lautet:

Die Politik der Sozialdemokratischen Partei garantiert, soweit das nach dem verlorenen Kriege möglich ist, durch ihre Erfüllungs- und Verständigungspolitik die Existenz Deutschlands und damit die Existenz des Beamten.

Die Politik der Sozialdemokratischen Partei garantiert durch ihr Eintreten für die Republik und für die in der Verfassung anerkannten Rechte die Existenz eines unabhängigen Berufsbeamtentums gegenüber den Bestrebungen großkapitalistischer Kreise, die es vernichten oder durch Abbau bedeutungslos machen wollen.

Die Politik der Sozialdemokratischen Partei garantiert durch ihr Eintreten für die wirtschaftlich Schwachen dem Beamten eine ausreichende Bezahlung gegenüber den kapitalistischen Bestrebungen, die den Beamten wie den Arbeiter zum willenlosen Heloten herunterdrücken.

Die Politik der Sozialdemokratischen Partei garantiert die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten und die Möglichkeit eines freien Aufstiegs durch das Verfechten der Demokratie und des parlamentarischen Systems.

Nur die Sozialdemokratische Partei

kann dem Beamten die Erreichung dieser Ziele zusichern, da sie Vertreterin der gesamten Arbeitnehmer in Stadt und Land ist, an deren Seite und mit deren starker Hilfe die deutsche Beamtenschaft mit Erfolg kämpfen und ihre Existenz gegenüber allen ihr drohenden Angriffen sichern kann.

Viel Feind, viel Ehr!

Welche Partei dürfte das schöne deutsche Volkswort „Viel Feind, viel Ehr" mit mehr Recht auf sich anwenden als die Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf! Nicht nur die äußersten Krechflügel rechts und links, soweit ihnen das Kratzen der inneren Streitigkeiten in ihrem Gefieder Zeit dazu läßt, bewegen sich in der gleichen Schimpf-, Hetz- und Fluchbahn gegen die Sozialdemokratie, auch die nicht ganz radikalen Bürgerparteien sehen in ihr den Hauptfeind.

Die Landjunker wie die Schlotbarone haben sich umgruppiert, um die verlorene politische Vorherrschaft wiederzugewinnen. Sie wissen, was manch anderen vielleicht rasch entschwunden ist: daß die Sozialdemokratie ihnen die Vorherrschaft genommen hat. Das gleiche politische Recht aller Staatsbürger, für Mann und Frau — erst die deutsche Republik hat es dem deutschen Volke gebracht und errichtet wurde sie durch die Sozialdemokratie. Das alte Reichstagswahlrecht, nach dem zuletzt 1912 gewählt wurde, war weit entfernt davon, gleiches Recht darzustellen. Abgesehen selbst von der Entrechtung der Frauen — welch grandiose Verfälschung des Volkswillens, zugunsten der Landjunker vor allem, brachte die tolle Wahlkreiseinteilung zuwege, gab sie doch z. B. dem Wähler im posenschen Westarpwahlkreis tieltausendmal soviel Stimmgewicht als der dichtgedrängten Industriebevölkerung! Die Hauptstütze der Vorherrschaft der Grund- und Fabrikherren aber waren die Privilegienparlamente der Einzelstaaten, mit dem unreformierbaren preußischen Dreiklassenhaus an der Spitze.

Weggeblasen wurden diese Vorrechte des Geldsackes am 9. November 1918, als der längst entschiedene, von Helfferich und Ludendorff längst eingestanden, doch dem Volk lügnerisch verheimlichte Zusammenbruch jenen Revolutionssturm hervorstieß!

In ihrem Kampf um die Wiedereroberung des Verlorenen haben sich die politischen Vortruppen der agrarischen und industriellen Wucherer und Volksausbeuter zunächst umgruppiert. Die verhaßten Fahnen „konservativ" und „nationalliberal" verschwanden, wie die wertlos gewordene Hohenzollerndevise von der Stirn der „Kreuzzeitung"; die jahrzehntelang mit äußerster Erbitterung, mit teuflischem Haß und frechem Hohn jede Erweiterung der Volksrechte bekämpft und verhindert hatten, die nannten sich auf einmal Volksparteien; deutschnational die eine, einfach deutsch die andere, diese fast noch herausfordernder, als ob die anderen, älteren, bewährteren Volksparteien nicht deutsch wären. Die Umfirmierung und Umgruppierung allein schaffte es noch nicht. Darum gliederte man sich — in getreuer Nachahmung scheinbar bewährter Moskauer Methoden — allerhand zweifelhafte Abenteurer und unzweifelhafte Narren an und detachierte sie zur parteimäßigen und später auch militärischen Formierung zur Gewalttätigkeit neigender Leute und kriegsverwüsteter Kampf der Mutterpartei gegen Republik und Sozialdemokratie auf ihre Weise in Schwung brachten. Man mußte also schmerzbewegten Herzens die völkische Frucht vom deutschnationalen Heldenstamm trennen, da Maschinenpistolen, Handgranaten und Blausäurespritzen nicht als kommentmäßig erachtet wurden.

Viel Feind, viel Ehr!

Die Partei, gegen die alle Feinde der Festigung und des sozialen Ausbaus des deutschen Volksstaates um die Wette hetzen, erweisen sie damit selbst als die stärkste Stütze der Republik als die beste Vorkämpferin aller arbeitenden, auf Lohn und Gehalt angewiesenen Menschen.

Genossinnen und Genossen — nützt die letzte Wahlkampfwoche!

Deutschnationale und Landarbeiter.

Die Deutschnationalen bemühen sich fieberhaft um die Stimmen der Arbeiter, die sich bisher noch nicht entschließen konnten, der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. Sie setzen vor allem noch Hoffnungen auf die Landarbeiter, denen sie vorreden, sie würden sich durch eine Arbeiterpolitik das Vertrauen der Arbeiter erwerben. Wie die wirkliche Arbeiterpolitik der Deutschnationalen, der früheren Konservativen, den Landarbeitern gegenüber aussieht, lehrt folgende Zusammenstellung:

1. Sie lehnte es bis zur Revolution ab, dem Landarbeiter das Recht zuzugestehen, sich mit seinen Arbeitskollegen vereinigen zu dürfen.

2. Sie stützte bis zur Revolution jene Gesindeordnungen, die den Landarbeiter in sklavische Verhältnisse brachten und ihn zu einem Menschen zweiter Klasse werden ließen.

3. Ihrem Betreiben ist es zu verdanken, daß dem Arbeiter bis zur Revolution das gleiche Wahlrecht vorenthalten und der Frau das Recht genommen blieb, überhaupt wählen zu dürfen.

4. Sie bildeten den Hauptwiderstand, als es darauf ankam, dem Arbeiter das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsprozeß zu sichern.

5. Von ihnen rührt das da und dort wahrzunehmende Bestreben her, den Landarbeitern wieder das Streikrecht zu nehmen.

6. Deutschnationale Kreise waren es, die ihrer Arbeiterfreundlichkeit dadurch Ausdruck gaben, daß sie Lohnkämpfe der Landarbeiter durch Staatsgewalt unterbinden ließen.

7. Bei den Deutschnationalen ist die Freude am größten, wenn bekannt wird, daß wieder ein Landarbeiter auf das Straßenpflaster geflogen ist, weil er sich dem Deutschen Landarbeiterverband angeschlossen hat.

Ausgefeimmter Dummenfang ist es, hierbei noch davon zu reden, die Deutschnationale Volkspartei kämpfe um die Seele und das Vertrauen des deutschen Arbeiters. Wie sich die Deutschnationale Volkspartei in Wirklichkeit das Vertrauen der Landarbeiter erkämpft hat, werden sie ihr am 4. Mai beweisen, indem sie der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme geben.

Unzulängliche Lohnpolitik.

Als die deutsche Wirtschaft im November 1923 zur Rentenmark überging, erklärte die Regierung, Löhne und Gehälter der Reichsarbeiter nicht mehr nach den tatsächlichen Bedürfnissen, sondern nur nach den zur Verfügung stehenden Mitteln zahlen zu können. Im Laufe der Verhandlungen setzten die Regierungsvertreter durch, daß für die Arbeiter drei Lohngebiete geschaffen wurden, während die Beamten und Angestellten nach einer einheitlichen, für das ganze Reich geltenden Besoldungsordnung ihre Gehälter beziehen. Weiter wurde das während der Inflationsperiode befolgte Prinzip, den in seiner Tätigkeit vergleichbaren Beamten und Arbeitern annähernd gleichmäßig zu entlohnen, fallengelassen. Dagegen vertrat man die Auffassung, daß die Löhne der Arbeiter nur an den Löhnen der Privatindustrie und allenfalls an den der kommunalen Betriebe gemessen werden können. Gehandelt aber wurde nicht danach. So erhielt nach der Novemberregelung z. B. ein vergleichbarer Arbeiter, gelernter Handwerker, im Wirtschaftsgebiet I (östlicher Teil Deutschlands), Ortsklasse A, pro Stunde 35 Pf., der Beamte 42 Pf.; bei mehrjähriger Dienstzeit steigern sich die Sätze für den Beamten sogar bis zu 52 Pf. pro Stunde. Der ungelernte Arbeiter, der in den letzten Jahren mit den Beamten der Ghaltsgruppe III, Stufe 3, verglichen wurde, erhält jetzt einen Stundenlohn von 30 Pf. gegenüber 37 Pf. des Beamten. Auch in diesem Falle steigern sich die Sätze des letzteren je nach der Dienstzeit bis zu 46 Pf. Rechnet man dazu noch, daß der eBamte durchschnittlich 5 Pf. Kinderzulage pro Stunde gegenüber 3 Pf. des Arbeiters erhält, so verschlechtert sich das Verhältnis immer mehr zuungunsten des Arbeiters. Selbst im Wirtschaftsgebiet II, in welchem bedeutend mehr Arbeiter als im Wirtschaftsgebiet I vorhanden sind, ist immer noch ein Plus zugunsten des Beamten vorhanden und erst im Lohngebiet III (besetztes Gebiet) gleicht sich das Verhältnis einigermassen aus.

Ausdrücklich bemerken wir, daß es uns fernliegt, mit den angezogenen Vergleichen etwa zum Ausdruck bringen zu wollen, daß die Beamten zu hohe Bezüge hätten. Im Gegenteil! Auch die Beamtengehälter, besonders der unteren Beamtengruppen, sind viel zu niedrig. Worauf es ankommt ist, in aller Oeffentlichkeit einmal zu zeigen, daß die Lohnpolitik der Regierung durchaus unzulänglich und nicht zu rechtfertigen ist.

Deshalb versagten die Organisationen der Reichsarbeiter dieser Politik ihre Zustimmung. Wohl vertröstete die Regierung die Arbeiter ständig mit dem Versprechen, sobald es ihr finanziell möglich sei, eine Erhöhung der Sätze eintreten zu lassen. Unterdessen sind Monate ins Land gegangen, ohne daß die Regierung sich veranlaßt fühlte, etwas zu tun. Auch die letzte Regelung beließ ab 1. April bei folgenden Sätzen:

Es erhalten ab 1. April im Lohngebiet I der Arbeiter in Lohngruppe V 32 Pf. Stundenlohn, der vergleichbare Beamte in Gruppe II Strufe 3 42,9 Pf. Ein Handwerker in Lohngruppe I 37 Pf., der vergleichbare Beamte 46 Pf.

Während die Gehälter der Beamten nach Dienstjahren im ersteren Falle bis zu 50 Pf., im zweiten Falle bis zu 60 Pf. steigen, hat der Arbeiter keine Möglichkeit, sofern er das 24. Lebensjahr erreicht hat, in seinem Lohne höher zu kommen.

Im Lohngebiet II erhalten die beiden vergleichbaren Gruppen: Arbeiter 36 bzw. 43Pf., der Beamte wie oben. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Beamten eine Kinderzulage im Durchschnitt von 6 Pf. pro Stunde erhalten, während der Arbeiter nur eine solche von 3 Pf. pro Stunde bekommt.

Damit haben wir es unter der jetzigen Aera so weit gebracht, daß der Reichswehrsoldat beim Beginn seiner Dienstzeit mehr erhält als der ungelernte Arbeiter im Reich, und daß in den Betrieben und Verwaltungen Arbeitnehmer, mit der gleichen Tätigkeit beschäftigt, Lohnunterschiede bis zu 75 Prozent aufweisen. Daß höhere Beamte bei der letzten Gehaltsregelung mehr Zulage erhalten haben, als ein Arbeiter im ganzen Jahre verdient, sei nur nebenbei erwähnt.

Abgesehen von diesen Mißständen, die auf die Arbeitsenergie und Arebitslust zurückwirken, bleiben die Löhne der Reichsarbeiter beträchtlich hinter denen der Privatindustrie und der Gemeinden zurück. Heute ist das Verhältnis so, daß selbst in einem so reaktionären Bezirk wie Königsberg, auf den die Regierung bis jetzt immer hingewiesen hat, wenn es galt, die Löhne zu drücken, die Gemeindearbeiter bis zu 5 Pf. die Stunde mehr verdienen als die Reichsarbeiter. In anderen Gegenden Deutschlands ist es ähnlich. So stehen z. B. in Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen die Löhne der Gemeindearbeiter zum Teil bis zu 10 Pf. pro Stunde über den Löhnen der Reichsarbeiter. Genau so verhält es sich mit eniem Vergleich in der Privatindustrie. In Württemberg z. B. erhalten Maurer, Schlosser, Schmiede usw. 55 Pf. pro Stunde, der Reichsarbeiter dagegen aber nur 43 Pf., der Bauhilfsarbeiter im Alter von 18 bis 19 Jahren 41 Pf., der ungelernte Arbeiter über 24 Jahre im Reich dagegen nur 32 Pf. Selbst die Friseure, die immer zu den am schlechtesten entlohnten Arbeiterkategorien zählten, haben heute in Berlin höhere Löhne als die Reichsarbeiter.

Eine solche Lohnpolitik wird von der Regierung zweifellos mit Absicht verfolgt. Die Reichsarbeiter haben am 4. Mai Gelegenheit, gegen die bestehende Ungerechtigkeit mit dem Stimmzettel zu antworten.

Der weiße Schrecken.

36] Roman von **Andor Nagy.**

Aus dem Ungarischen übertragen von Stephan J. Klein.

Sie lösten von der Leiche die zerrissenen, blutbesudelten Gewänder. Schleppten einen Trog herbei, trugen in Eimern in die Küche Wasser, entfachten unter den Kesseln Feuer. Nirgends war eine Seele zu sehen, sie taten alles allein.

Sie brachten das warme Wasser. Hoben den Körper in den Trog. Kauerten sich nieder, wuschen mit wortlosem Eifer die schwarzwerdenden starren Glieder, zärtlich und voll Andacht, ohne Scheu und Ekel. Dann trockneten sie ihn ab, hüllten ihn in ein weißes Tuch und legten ihn aufs Bett zurück. Nun stockte die Arbeit. Es gab im Haus keine Männerwäsche.

„Ich gehe heim," sprach Maria. „Hab noch Wäsche von meinem seligen Mann."

Lola fiel ein: dies dürfte dickes, hartes, rauhes Bauerngewebe sein. Nein, nein! Das soll seinen Körper bedecken? Eines fremden Menschen Hand?

„Bleibt, Mutter," dankte sie mit müder Stimme, „wir wollen aus meinen Sachen für ihn etwas nähen."

Nachdem sie aus der feinsten Wäsche ein Leichengewand angefertigt hatten, verharrte Lola zögernd:

„Er hat keinen Anzug," sagte sie ratlos.

„Das ist gar nicht notwendig," entgegnete Maria, „bei ihnen ist dies nicht üblich. Bei ihnen wird den Toten bloß ein großes weißes Hemd angezogen. Das haben sie stets vorbereitet. Die Frau bringt es gleich bei der Hochzeit ins Haus ... Der Arme hat freilich kein Totenhemd, mein Seelchen brachte ihm keines, denn Sie belieben ja eine Christin zu sein."

„Ich habe keine Religion mehr, Mutter." Lola hob die Augen zu Maria auf. „Will keine Christin mehr sein."

„Sie haben recht," nickte Maria.

„Ich kann auch nicht mehr beten, Mutter. Will es von nun an ohnehin nicht mehr tun."

„Das Letztere glaube ich Ihnen gerne, meine Seele." Maria ließ traurig den Kopf hängen. Dann sprach sie urplötzlich: „Doch brauchen wir für ihn auch Strümpfe!"

Lola brachte Strümpfe. Die ihren. Jene, die ihr am liebsten waren.

Dann machten sie sich auf den Weg. Suchten Bretter, fanden beim Glashaus einige frisch gesägte. Sie gingen zurück, maßen die Länge des Toten. Suchten dann eine Säge. Maria sägte mit zitternden Händen, Lola aber kniete auf dem rauhen Brett, um es festzuhalten. Als der Sarg fertig war, trugen sie ihn ins Zimmer. Sie stellten den Sarg auf den bloßen Boden, legten den Toten hinein, verdeckten die vier Bretter mit einem schwarzen Tuch.

„Nun gehen wir ein Grab schaufeln," sagte Maria.

Sie begaben sich in den Garten. Gegenüber von der Glasveranda befand sich ein glatter Rasen.

„Hier wollen wir ihn begraben," erklärte Lola. „Dort auf der Veranda saß er zum letzten Mal."

Hart war der Boden, wurde von den starken Wurzeln des dichten Grases zusammengehalten, der Spaten drang schwer in die Erde. Es war eine hoffnungslos harte, langwierige Arbeit, doch gaben sie nicht nach. Bald nahm die eine, bald die andere den schweren Spaten zur Hand und bot der Erde Trotz, mit dem eigenen schwachen Körper, zusamengekrümmt, schwitzend. Auf Lolas feinen Händen brachen Blasen auf, Blut drang hervor, der Spaten schürfte ihre Sohlen auf, ihr Kreuz, ihr Rücken, ihr ganzer Körper brannte vor furchtbarem Schmerz — sie achtete nicht darauf. Mit erneuter Entschlossenheit, um Atem ringend, stürzte sie sich auf die Arbeit, mit stolzem, festem Willen. Es gab kein Innehalten. Wozu sie sich entschlossen, war ein schwerer, blutiger, tödlich ernster Weg, doch mußte sie ihn zu Ende schreiten. Sie dachte darüber gar nicht nach, dachte überhaupt nicht daran. Weshalb, wozu? ... Etwas trieb sie, hetzte sie, sie war es schuldig. Wem? Dem Toten, den sie bisher nicht einmal als Menschen betrachtet? Oder den Mördern, die sie bisher so hochgestellt? Auch darüber dachte sie nicht nach. Nichts war in ihr, was Plan, Entschluß, Berechnung gewesen wäre; was sie tat, war etwas Schweres, kam aus größerer Tiefe, war wahrer und erhabener. Der Mensch, der vernachlässigte, der beiseite geworfene Mensch, trat aus ihr hervor; aus ihrem verderbten, elend gewordenen Wesen stürzte der Mensch empor, denn sie hatte die furchtbarste Unmenschlichkeit geschaut. Die Benommenheit dieses großen Erwachens summte nun in ihrem Kopf, diese Benommenheit hielt sie gebannt, wies ihren nackten Instinkten den Weg. Nun stand sie dort, bis zu den Knien in der Grube, warf die schwarze Erde auf ...

Aeußerlich schien sie noch dasselbe, die Magnatenmaitresse, die verwöhnte Kokotte, die Großweltdame, doch war sie es nicht mehr. Aeußerlich hing noch an ihr die leichtsinnige Maske, die Schminke der Seidentand, doch war sie in ihrem Innern bereits ein anderer Mensch: die Gefährtin des armseligsten, verlassensten, gedemütigsten Menschen.

„Diese Ehre soll bloß unser sein!" sagten ihre Lippen und sie preßte sich mit dem schwachen, gepflegten, gehegten Körper gegen den Spaten, grub die Grube, das Grab für einen Gehängten. Es war schon fast Abend, da das Grab fertig war. Marias Sehnen war zermürbt. Ihre Arme und Beine waren steif, ihr ganzer Körper dampfte und sie bebte wie ein müde gearbeitetes Zugvieh. Doch fragte sie mit keinem Wort, wozu diese schwere Mühe gewesen sei. Ihr Frage lautete bloß:

„Mein Seele, soll ich zum Schächter gehen? Er ist sicherlich beim Weiß."

„Wozu, Mutter?"

„Er kennt das Gebet."

Lola starrte vor sich hin mit ernsten, düsteren Zügen.

„Wir brauchen," entgegnete sie, „keines Menschen Gebet. Wer hat hier noch Anrecht auf ein Gebet?"

„Sie haben recht," nickte die alte Frau. Sie begaben sich ins Haus. Was gab ihnen noch Kraft, wer vermöchte es zu sagen? Sie hoben den schweren Sarg, die beiden schwachen Frauen. Trugen ihn gekrümmt, vornüber geneigt, dem Zusammenbrechen nahe, mit fast reißenden Sehnen — was sie taten, war schier unglaublich.

Es war bereits Abend. Sie standen am Saum des Grabes, einen Strick in der Hand. Ihre furchtvergrößerten Gestalten zeichneten sich finster auf dem westlichen Himmel ab. Sie sprachen keinerlei Gebet. Aber wie sie dort standen und die Erdschollen hinabwarfen, dies war schmerzlicher, geheimnisvoller und trauriger, denn jedes Gebet.

Als sich der Grabhügel wölbte, knickten Lolas Knie ein. Sie weinte nicht, stieß kein Wort der Klage aus, sank bloß mit den müden Knien in die weiche Erde und schaute schwer gequält zum Himmel auf.

Dann nach geraumer Weile, erhob sie sich. Seltsam und befremdet blickte sie sich im dunklen Park um, als erwache sie aus einem Traum.

„Wer seid Ihr denn?" fragte sie Maria. „Weshalb habt Ihr mir eigentlich bei alldem geholfen?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404291-11/fragment/page=0002

Reichskanzler-Rede.

Was Dr. Marx vergißt und woran die Sozialdemokratie zu erinnern hat.

Köln, 29. April. (WTB.)

Vor einer überaus stark besuchten Wählerversammlung nahm gestern der Reichskanzler das Wort, um zunächst im Zusammenhang mit der Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Gutachten der Sachverständigen zu bemerken, daß ein Schweigen oder Hinausögern der Entscheidung der Reichsregierung keinen Nutzen gebracht hätte. Das Recht des künftigen Reichstages werde durch die Entscheidung der Reichsregierung nicht beeinträchtigt. Die Entscheidung bedeute auch keinesfalls eine Anerkennung aller Einzelheiten des umfangreichen Gutachtens. Selbstredend werde die Erfüllung der von den Sachverständigen selbst aufgestellten Voraussetzungen über die wirtschaftliche, finanzielle und verwaltungsrechtliche Souveränität des Reiches von der Reichsregierung mit allem Nachdruck verlangt werden. Auch sei die Rückkehr der Ausgewiesenen, und die Freilassung der Gefangenen unerläßlich. Der Reichskanzler wandte sich dann gegen den verbrecherischen Wahnsinn derer, die ein waffenloses Volk vortäuschen wollen. Durch Betätigung von Mut und Tapferkeit könne es sich die Rettung erringen. Man müsse sich mit der Tatsache abfinden, daß Frankreich zurzeit die stärkste Militärmacht der Welt sei, während Deutschland alles fehle, um einen modernen Krieg zu führen. Es sei auch verkehrt, die Schuld unserer jetzigen Lage auf die Republik und die Unfähigkeit der republikanischen Regierungen zurückzuführen, als ob es nicht in erster Linie der verlorene Krieg wäre, der unsere heutige Not herbeigeführt hat. Nach einem Hinweis auf die Tatsache, daß unsere Währung seit dem 15. November 1923 stabil geblieben sei, betonte der Redner, daß die entscheidende Frage jetzt sei, ob der von der Regierung beschrittene Weg zu einer ruhigen Fortentwicklung weitergegangen oder ein unbekannter Weg eingeschlagen werden soll, der das deutsche Volk noch einmal in die wahnwitzige Flut der Inflation stürzen würde. Mit einer deutschvölkischen und deutschnationalen Mehrheit des neuen Reichstages wäre nach menschlichem Ermessen der Untergang des Deutschen Reiches besiegelt. **Die Ententestaaten würden sich gegen eine rechtsradikale Mehrheit im Deutschen Reichstag gemeinsam an die Seite Frankreichs stellen. Dann wäre das besetzte Gebiet verloren und für unabsehbare Zeit vom Deutschen Reiche abgetrennt.** Auch eine starke Kommunistische Partei, namentlich mit Unterstützung rechtsradikaler Kreise, würde eine ersprießliche politische Arbeit im neuen Reichstage hindern. Der Reichskanzler warnte vor Stimmenthaltung und schloß: Wolle man ein ruhiges Fortschreiten unserer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die Befreiung des Ruhrgebietes, die Verhinderung gewaltsamer Eingriffe der Ententemächte in unsere Souveränität und den wirtschaftlichen Aufstieg, dann müsse man bei den bevorstehenden Wahlen die Parteien festigen, die bisher die Regierungspolitik unterstützt haben.

*

Während wir die außenpolitischen Argumente des Reichskanzlers auch zu den unsrigen machen, wollen wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß der Reichskanzler als Führer einer Partei spricht, die sich jahrelang gesträubt hat, das finanzielle und wirtschaftliche Gesamtsanierungsprogramm der Sozialdemokratie zu akzeptieren und dadurch mit beigetragen hat, daß Deutschland die Schrecknisse der Inflation und ihrer Nachwirkung zu durchkosten hatte. Es wäre der Wahrheit dienlich gewesen und hätte dem Reichskanzler gut zu Gesicht gestanden, wenn er auch auf diese Tatsache hingewiesen hätte.

Wirtschaftspolitik.

Der internationale Devisenmarkt.

Wesentlich fester als am Wochenschluß lag gestern an den ausländischen Plätzen die Reichsmark, anscheinend wohl beeinflußt durch die Anleihevorbandlungen. Aus Amsterdam wurde ein Kurs von 62½ gemeldet, aus dem besetzten Gebiet hörte man einen Pfundkurs von 18,9 bis 19 Billionen. Auch aus London liegt etwa ein Kurs von 18¾ zu 19 vor, aus Zürich von 1,20. Der Franken zeigte im großen und ganzen keine wesentlichen Veränderungen. London gegen Paris wurde in Berlin zwischen 67¾ und ¾. Kabel gegen Paris etwa mit 15,45 gehandelt. Sonst war am internationalen Markt eine Schwankung des holländischen Gulden zu beobachten. London gegen Amsterdam schwankte zwischen 11,82½ und 11,79 bis 80. Fester liegt dagegen international das Pfund. London gegen Kabel wurde hier mit 4,80 bis 4,80¼ genannt.

Bei der Kursfeststellung lag London eine Kleinigkeit über dem letzten Kurs. Sonst waren Veränderungen entsprechend internationalen Schwankungen zu beobachten. Eine volle Zuteilung erfolgte wieder in einer Reihe von Nebenvaluten, und zwar in Budapest, Wien, Sofia und Belgrad. Außerdem wurden auf Rio 10, Prag, Helsingfors, Christiania 8 Prozent, Stockholm, Spanien und Japan 2 Prozent zugeteilt. Die übrigen blieben mit 1 Prozent repartiert.

Am Notenmarkte einfielen auf Dollarnoten und holländische Gulden 1 Prozent, englische Pfunde und Schweizer Franken 2 Prozent; französische Franken und italienische Lire voll zugeteilt.

*

Markbewertung in der newyorker Schlußbörse 23 Geld, 23¼ Brief, in der Nachbörse 23⅜ Geld, 23½ Brief, 23½ bezahlt. Dollarparität 4,255.

Gewerkschaftsbewegung.

Offensive gegen den Hunger.

Gemeindearbeiterstreik

für die Provinz Sachsen und die Freistaaten Anhalt und Braunschweig.

Nachdem am Ostermontag die vertragschließende Organisation, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für Kreise und Gemeinden ein Ultimatum dahin gestellt hatte, bis spätestens Freitag zu eine nochmalige Verhandlung über den am 16. April gefällten Schiedsspruch des Zentralausschusses zu treten, haben am Montag in Magdeburg erneute Verhandlungen stattgefunden, in denen für den gelernten Arbeiter 50, den angelernten Arbeiter 45 und den ungelernten Arbeiter 40 Pf. als Stundenlohnforderung gestellt wurde. Nach fünfstündiger Verhandlung gaben die Arbeitgeber folgende Erklärung ab: Die Lohnregelung für den Monat April ist durch Zentralschiedsspruch ergangen. Der Schiedsspruch ist von den Arbeitgebern angenommen. Wir werden die Verbindlichkeitserklärung beantragen und lehnen wir demgemäß jede andere Regelung für den Monat April ab.

Durch diese Erklärung sollten die mitteldeutschen Gemeindearbeiter demgemäß Löhne von 22 bis 45 Pfennigen erhalten. Nachdem sie schon seit dem 25. November 1923 mit noch weniger Lohn abgespeist wurden, mußte die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer dieses schamlose Angebot des Arbeitgeberverbandes ablehnen und da die Erklärungsfrist für den Schiedsspruch bereits abgelaufen war, wurde einstimmig beschlossen, am Montag, dem 28. April, für das mitteldeutsche Gebiet den Streik zu proklamieren.

Wir richten an die Öffentlichkeit, insbesondere an die hallische Bürgerschaft, die Bitte, die Gemeindearbeiter in ihrem gerechten Kampfe um ihre Lebensinteressen zu unterstützen. Es kann nicht angehen, daß die städtischen Betriebe und Verwaltungen nur auf Kosten der Arbeiterschaft Ueberschüsse abwerfen. Die Arbeiterschaft ist gewillt, den Wirtschaftsfrieden zu erhalten und mit dazu beizutragen, die Finanzen der Stadt zu bessern. Sie muß es aber unter allen Umständen ablehnen, bei den diktierten Hungerlöhnen ihre Arbeit weiter zu verrichten.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Halle.

*

In mehreren Betrieben der Stadt Halle wird bereits seit heute morgen gestreikt, und zwar im Wasserwerk, im Gaswerk, an den städtischen Fuhrbetrieben, im Stadtbad, sowie im Stadttheater, wo bereits am Montagabend von den Bühnenarbeitern die Arbeit niedergelegt war. Die anderen Betriebe werden im Laufe des heutigen Tages, spätestens am Mittwochfrüh die Arbeit einstellen.

Die Streikleitung befindet sich im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a, sowie im Bureau des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gewerkschaftshaus, Zimmer 29 und 30. Die Streikleitung ist ständig zu erreichen unter Telephon Nr. 6559.

Auch in der mitteldeutschen Metallindustrie ist der Kampf ausgebrochen.

Bekanntlich fällte der Schlichter für die mitteldeutsche Metallindustrie einen Spruch, wonach 48 Pf. Lohn für die Facharbeiter über 25 Jahre und 37 Pf. für die Ungelernten vorgesehen war. Dieser Spruch wurde von den Metallarbeitern abgelehnt. Daraufhin sind allerorts in allen Betrieben die Betriebsräte bei den Direktionen vorstellig geworden. Ein Teil der Direktionen erklärte sich bereit, dafür eintreten zu wollen, daß Verhandlungen stattfinden. Mittlerweile hatte aber der Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller ein Rundschreiben an seine Mitglieder versandt, worin er diese auffordert, **jedwede Verhandlung mit den Betriebsräten abzulehnen** und zu erklären, daß es Sache beider Organisationsleitungen sei, zu verhandeln. Daraufhin hat die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beim Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller angefragt, ob er zu Verhandlungen bereit sei, was verneint wurde. Trotzdem der Schiedsspruch nur eine Lohnerhöhung von 3 Pf. vorsah, wurde er auch von den Metallindustriellen abgelehnt. Sie wollen also keine Lohnerhöhung geben. Die Erregung in den Metallarbeiterkreisen ist so stark, daß **mit einem allgemeinen großen Kampf zu rechnen ist.** Am Sonnabend haben bereits die Metallarbeiter von Köthen und in einigen Betrieben von Dessau die Arbeit eingestellt. Am Montag folgten die Metallarbeiter von Harzgerode, sowie weitere Betriebe von Dessau. Auch in Zerbst ist heute die Arbeit eingestellt worden und stehen weitere Arbeitsniederlegungen bevor. Bis zur Stunde werden etwa 5000 Metallarbeiter im Kampfe stehen.

Auch in der Metallindustrie des Nordharzes ist es wegen des niedrigen Lohnes zu ernsten Verwicklungen gekommen. In Wernigerode haben die Metallarbeiter bereits die Arbeit eingestellt. In der Zeitzer Metallindustrie sind wegen der Arbeitszeitfrage ernste Differenzen ausgebrochen; auch hier ist mit dem Ausbruch eines Streiks zu rechnen.

Die Metallarbeiter in den hallischen Gießereien zum Kampf bereit.

Eine stark besuchte Branchenversammlung der Former und Gießereiarbeiter nahm einen Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegen. In der Aussprache, an der sich Kollegen sämtlicher Betriebe beteiligten, kam die große Unzufriedenheit der Arbeiter über die jetzigen Lohnverhältnisse zum Ausdruck. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die am 26. April im „Volkspark" versammelten Kollegen der Eisengießereien und Metallgießereien von Halle erklären einmütig, daß sie nicht länger gewillt sind, für die jetzt noch bestehenden Lohnsätze weiterzuarbeiten. Die Versammelten stellen sich auf den Boden der vom Deutschen Metallarbeiterverband aufgestellten Forderungen. Sie verlangen von den Werksleitungen die Bewilligung derselben, da die Lebenshaltung besonders durch die Mietsteigerung in den letzten Wochen erheblich verteuert wurde. Die Versammelten beauftragen die Betriebsräte, diese Forderungen den Werksleitungen am Montag, dem 28. April, zu unterbreiten. Erfolgt Ablehnung durch die Unternehmer, sind die Versammelten gewillt, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Forderungen durchzusetzen. **Die Versammelten erkennen an, daß zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation unbedingt notwendig ist.** Sie verpflichten sich, für die Stärkung des Metallarbeiterverbandes in den Gießereibetrieben energisch zu arbeiten.

Wenn die Metallindustriellen sich nicht dazu bequemen, sofort über die Forderungen zu verhandeln, ist mit einer Stillegung der Gießereibetriebe zu rechnen.

Ueber die Verhandlungen vor dem hallischen Schlichtungsausschuß wegen **Bezahlung des Feiertages in den Eisengießereien** wurde ebenfalls Bericht erstattet. Der Schlichtungsausschuß hat die Forderung des DMV. als berechtigt anerkannt und nunmehr sind die Unternehmer gezwungen, wieder 75 Prozent des Fehlgusses zu zahlen und ihre sogenannten „Richtlinien" zurückzunehmen. Abzüge, die auf Grund der Richtlinien erfolgt sind, müssen nachgezahlt werden. Einstimmig stellte sich die Branchenversammlung hinter den Beschluß der Ortsverwaltung und Funktionäre, **den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Mit einem Appell, unermüdlich für die Stärkung des DMV. in den Betrieben und besonders für die Wiedergewinnung der ausgetretenen Kollegen zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.**

Erweiterung des Kampffeldes im Baugewerbe.

Aus dem Bezirksbureau des Deutschen Baugewerksbundes wird uns geschrieben: Die Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitgeberverbände hatten am Dienstag, dem 22. April u. a. auch beschlossen: „Mit Wirkung vom 24. April 1924 wird der bis zum 9. April 1924 gültige Tarifvertrag wiederum zur Auszahlung gebracht. Der Lohn beträgt demnach für Vollarbeiter

in Lohnklasse	I	II	III	IV
Facharbeiter	50	48	45	42 Pf.
Bauhilfsarbeiter . . .	44	42	39	36 Pf.
Tiefbauarbeiter . . .	42	40	37	34 Pf.

Diejenigen Arbeiter, die nicht gewillt sind, zu vorstehenden Lohnsätzen zu arbeiten, haben sich als entlassen zu betrachten. Die Papiere stehen ihnen zur Verfügung."

Diesem Beschluß, der in Plakatform an die Unterorganisationen versandt wurde, fügte der Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe ein Rundschreiben (Nr. 28) bei, das folgenden Wortlaut hat: „Am 22. d. M. hat die Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitgeberverbände der Provinz Sachsen und Anhalt (wir verweisen auf unser Rundschreiben Nr. 27 vom 17. April) folgendes beschlossen: 1. Den Gewerkschaften ist unverzüglich mitzuteilen, daß der am 15. April festgelegte Lohn mit Wirkung vom 24. d. M. auf den vor dem 10. April gültigen Lohn zurückgesetzt wird. 2. Jede Firma muß unverzüglich einen diesbezüglichen Anschlag auf den Baustellen machen. 3. Am 26. April soll eine neue Aussprache in der Tarifgemeinschaft stattfinden, um zur Sachlage Stellung zu nehmen. Diese Maßnahme war im bezug auf die Haltung der Gewerkschaft erforderlich, wenn nicht zu einer sofortigen Aussperrung geschritten werden sollte. Mit Bezug auf den Punkt 1 und 2 dieses Beschlusses übersenden wir Ihnen anliegende Bekanntmachung, die wir bitten, unverzüglich auf den Baustellen und in den Baubuden anzuschlagen und den Arbeitern zur Kenntnis zu bringen. Wir weisen unsere Mitglieder an, sich strikte an die Beschlüsse der Tarifgemeinschaft, die in der Bekanntmachung zum Ausdruck gebracht sind, zu halten. Die Aussprache vom 26. April (Ziffer 3 des Beschlusses) findet um ½2 Uhr im „Mars-la-Tour" in Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 10, statt. Wir bitten unsere Mitglieder, uns bis zum 26. April, früh, telephonisch oder durch Eilbrief über Wirkung der Bekanntmachung Bericht zu geben. Wegen der Wichtigkeit der Aussprache am 26. April ist es erforderlich, daß jeder Ortsverband bei derselben vertreten ist, möglichst mit mehreren Herren und daß dieselben mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet sind.

Die Scharfmacher sind also erneut an der Arbeit, um Maßnahmen zu besprechen, die es ihnen ermöglichen, die dringend notwendige Bautätigkeit vollständig lahmzulegen. Der Anordnung, ab 24. April eine wesentliche Lohnreduzierung vorzunehmen, sind die Unternehmer in vielen Orten nicht nachgekommen. In einem größeren Orte wurde die Androhung der Unternehmer, die Lohnsätze nach dem Diktat der Tarifgemeinschaft zur Auszahlung zu bringen, am 24. April sofort mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung beantwortet, da erklärten sich die Herren schon am anderen Tage bereit, den verlorengegangenen Arbeitsverdienst zu zahlen und nach wie vor den Spitzenlohn von 60 Pf. zur Auszahlung zu bringen.

Ob die Herren derartige Fälle richtig würdigen werden, soll ihnen natürlich überlassen bleiben. Wir sind nur neugierig darauf, wie sich der Arbeitsminister, der sich jetzt der Sache angenommen, dazu stellen wird. Die Bauarbeiter sind bereit, alles zu tun, um eine fortschreitende Gesundung des Baumarktes nicht zu hemmen. Was sie aber verlangen müssen, ist, daß ihr Einkommen bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages so gestaltet wird, daß die durch den langen Winter eingetretenen Verluste wenigstens einigermaßen wieder ausgeglichen werden.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA.) schämt sich seiner sozialdemokratischen Mitglieder.

Die Zeitung der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche", bringt in ihrer Nr. 76 eine Berichtigung des GdA.:

Auf den Artikel „Der GdA. und die sozialistischen Gewerkschaften", der in der Nr. 61 vom 12. März 1924 in dieser Zeitung erschienen ist, wird Nachstehendes erwidert: „Es ist nicht wahr, daß die Mitglieder des GdA. in einer Versammlung des DGB. in Dresden die Internationale gesungen hätten. Der GdA. war in der betreffenden Versammlung überhaupt nicht vertreten. Vor Oeffnung des Versammlungslokals hat der Geschäftsführer des GdA. seine Mitglieder veranlaßt, nach Hause zu gehen. Seiner Aufforderung ist Folge geleistet worden. Der Geschäftsführer des GdA., Hahn in Mannheim, hat den Artikel über die Zentralarbeitsgemeinschaft sowohl der demokratischen als auch der sozialistischen Presse in Mannheim zur Verfügung gestellt. Der Geschäftsführer des GdA., Jessen, in Hannover, ist weder „Edelanarchist", noch hat er sich als solchen bezeichnet. Diese Behauptung ist ebenso unwahr wie die, daß eine Reihe führender GdA.-Beamter eingetragenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sind. Wenn hier und da ein Mitglied des GdA. Sozialdemokrat ist, so überläßt der GdA. es diesem einzelnen, sich mit den Widersprüchen zwischen der marxistischen und der vom GdA. vertretenen Wirtschaftsauffassung auseinanderzusetzen. Wenn der Geschäftsführer des GdA. in Essen bemüht ist, die auf Grund des Bischofserlasses zum Austritt aus der Aka gezwungenen katholischen Gewerkschaftsmitglieder für seine Organisation zu gewinnen, so tut er genau dasselbe wie der Schreiber des hier zu berichtigenden Artikels. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten ist parteipolitisch neutral und lehnt alle marxistischen und klassenkämpferischen Ideen ab."

Aus dieser Berichtigung geht hervor, daß der GdA. sich seiner sozialdemokratischen Mitglieder schämt. In Wirklichkeit gibt es immer noch viel zu viele Sozialdemokraten, die dem GdA. angehören. Als etwa zwei Jahre nach dem Kriege eine Anzahl im GdA. befindlicher wild gewordener Spießer ob der nationalistischen Phrasen des DGB. zu diesem hinrannten, nannte sich der GdA. schnell „freiheitlich national". Nachdem jetzt das Schlagwort „Gegen den Marxismus" modern ist, tut er kund und zu wissen, daß er alle marxistischen und klassenkämpferischen Ideen ablehnt. Angestellte, handelt danach!

Aus aller Welt.

Zwei amerikanische Kriegsschiffe verbrannt.

Neuyork, 29. April.

In den Werften von Oakland in Kalifornien brach eine riesige Feuersbrunst aus. Die dort zur Reparatur im Dock liegenden beiden Kriegsschiffe „California" und „Rhode Island" wurden durch das Feuer zerstört. Auch ein großer Teil des Docks in der Ausdehnung von 200 Fuß wurde vernichtet.

Die Vernichtung der „California" bedeutet einen ansehnlichen Verlust für die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten. Es ist eines der acht großen modernen Linienschiffe Amerikas, die erst nach dem Kriege vom Stapel gelaufen sind. Es hat eine Wasserverdrängung von 33 500 To., ist mit 34 Geschützen, darunter zwölf 35-Zentimeter-Kanonen, armiert und mit Oelfeuerung versehen. Das gleichzeitig verbrannte Linienschiff „Rhode-Island" ist 17 900 Tonnen groß und hatte 26 Geschütze.

*

Fast gleichzeitig verbrannten auf dem Erie-See fünf Dampfer und ein Fischerboot. Beim Brande des Fischerbootes ertranken sechs Fischer, die sich durch Schwimmen zu retten versuchten.

Zweihundert koreanische Studenten bei einem Schiffsunglück ertrunken.

Neuyork, 29. April.

Bei Tschinnampo an der Westküste von Korea hat sich ein großes Schiffsunglück ereignet, bei dem zweihundert koreanische Studenten ertrunken sind. Ein Dampfer, auf dem sie sich befanden, war im Begriff, von japanischen Torpedobooten Lebensmittel zu übernehmen. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß mit einem der in Fahrt befindlichen Torpedobote, wobei der Dampfer kenterte.

Wegen Lungenseuche mußten in einem Gute in Siebenbitz bei Falkenstein etwa 60 Stück Rinder geschlachtet werden.

Die Schlafkrankheit in England. Wie Reuter meldet, sind im Januar in England 75 Fälle von Schlafkrankheit vorgekommen. In den ersten drei Wochen des April waren 946 Erkrankungen zu verzeichnen. Die Zahl der Todesfälle ist gering, doch sind die Folgeerscheinungen der Krankheit oft ernst.

Leichenfeier für Helfferich. Gestern nachmittag 4 Uhr fand im Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Zürich, in dem die beiden Särge Helfferichs und seiner Mutter aufgestellt waren, eine Leichenfeier zu Ehren der beiden Toten statt in Gegenwart von Frau Dr. Helfferich. Nach der Feier wurden die Leichen zum Bahnhof geleitet, um nach Mannheim übergeführt zu werden.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: Gottl. Kasparek; für Provinzielles: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Hautjucken, Flechten, offene Füße,
Krampfadern, auch veraltete Wunden, heilt die milde und wohltuende seit Jahrzehnten bewährte
San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe.
Original-Dose à Gmk. 1,25 2,30 u. 4,50 erhältlich in den Apotheken. Stets vorrätig: **Halle a. S.** Victoria-Apotheke, Gr. Steinstraße 83; Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6. 4654

Kunststopferei Podolski 5929
Gr. Ulrichstrasse 25 .·. **Ecke Jägergasse**
empfiehlt sich für unsichtbare Wiederherstellung beschädigter Kleidungsstücke, Leinen, Decken sowie Teppiche aller Art.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404291-11/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der VSPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung; die aller andern Vereine zum jeweiligen Mitgliederpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Öffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

„Naturfreunde". Heim Weidenplan 20. Zahlabend jeden Freitag v. ½8—10 Uhr. Donnerstag, den 1. Mai: Gemeinsames Treffen zur Maifeier von 4 Uhr an auf dem Kellerberg. Instrumente mitbringen.

Freier Sängerchor Halle. Alle Sänger treffen sich am Donnerstagabend ½8 Uhr im Wintergarten zur Mitwirkung bei der Maifeier unserer Partei. Jeder Sänger bringe seine Frau mit. Die Uebungsstunde am Freitag fällt aus. 6922 Der Vorstand.

SAJ. Mittwoch findet nochmals eine außerordentlich wichtige gemeinsame Veranstaltung um 7 Uhr im Jugendheim statt. Erscheinen eines Jeden ist Pflicht.

Kulturkartell Halle. Jeden Mittwoch im „Lüderitzberg", Reilstraße: Sitzung.

Halle-Saalkreis.

Halle. Dienstag, nachts 1 Uhr: Oeffentliche Wählerversammlung für alle gastwirtschaftlichen Angestellten, Artisten und Musiker im „Sankt Nikolaus". Referent: Genosse Petersdorff-Halle.

Dienstag, den 29. April:

Gottens. Abends ½8 Uhr, im Gasthof Jentsch: Oeffentliche Wählerversammlung. Referent: Alfred Deininger.

Obermeuschwitz. Abends ½8 Uhr, im Gasthof Damme: Oeffentliche Wählerversammlung. Referent: Herm. Porth.

Löbejün. Abends ½8 Uhr, im Gasthof „Zum schwarzen Adler": Oeffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Runge-Halle.

Mittwoch, den 30. April:

Trebitz. Abends ½8 Uhr, im Gasthof Seiler: Oeffentliche Wählerversammlung. Referent: Gen. Stadtverordneter Albrecht-Könnern.

Donnerstag, den 1. Mai:

Könnern. Abends 7 Uhr, im „Schützenhaus": Maifeier. Festrede: Genosse Neubert-Könnern.

Ammendorf. Maifeier. Festrede: Genosse Alfred Deininger.

Osmünde. Oeffentliche Wählerversammlung bei Holdefleiß. Referent: Albert Müller-Halle.

Kreis Merseburg-Querfurt.

Dienstag, den 29. April:

Schkeuditz. Abends 8 Uhr, im Bahnhofshotel: Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Prof. Waentig (Halle).

Schkopau. Abends 8 Uhr im Gasthof Berger: Oeffentl. Versammlung. Referent: Gen. Landrat Guske (Merseburg).

Obhausen. Abends 8 Uhr „Weißes Roß": Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Hennig (Merseburg).

Mittwoch, den 30. April:

Schotteren bei Lauchstedt. Abends 8 Uhr, im „Goldner Adler": Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Wenscheck (Merseburg).

Gaddula. Abends 8 Uhr, im „Grünen Hof": Oeffentliche Versammlung. Ref.: Gen. Hennig (Merseburg).

Schlettau. Abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Wernicke (Halle).

Horburg. Abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Kämpf (Merseburg).

Donnerstag, den 1. Mai:

Braunsdorf. Abends 8 Uhr, im bekannten Lokal: Oeffentliche Versammlung. Ref.: Gen. Hertwig (Merseburg).

Merseburg. Abends 8 Uhr, im „Tivoli": Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Krüger (Merseburg).

Aggendorf. Abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Ettling (Neumark)

Roßbach. Abends 8 Uhr, bei Rühlemann: Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Dr. Schweriner (Berlin).

Rücheln. Nachmittags 3 Uhr, im bekannten Lokal: Oeffentl. Versammlung. Referent: Gen. Wenscheck (Merseburg).

Barnstädt. Abends 8 Uhr, im bekannten Lokal: Oeffentliche Versammlung. Ref.: Gen. Kämpf (Merseburg).

Groß-Lehna. Abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Eisenbahn": Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Schulz (Schkeuditz).

Groß-Kayna. Abends 8 Uhr, bei Ohme: Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Wenscheck (Merseburg).

Kreis Bitterfeld.

Dienstag, den 29. April:

Roitzsch. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Bretna. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Sandersdorf. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Wolfen. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Petersroda. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Alt-Jetzitz. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Selzkurtz. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Der **Bismarck-Film**

Der eiserne Kanzler.

Kolossal-Gemälde in sechs Akten.

Erstaufführung heute, Dienstag, nachm. 4 Uhr 6928

C.-T.-Lichtspiele am Riebeckplatz

Jugendliche haben Zutritt und zahlen bis 5 Uhr nachm. **halbe Preise.**

Schulen und Vereine, welche Sonder-Vorstellungen wünschen, wollen sich sofort mit uns in Verbindung setzen. Telefon 6183

Kartenvorverkauf an der Theaterkasse.

Mittwoch, den 30. April:

Greppin. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Holzweißig. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Burgkemnitz. Abends 8 Uhr: Oeffentl. Versammlung.

Gölpa. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Torna. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Pahritzsch. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Größ, Löberitz, Radigkau. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Schlöna. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Muldenstein. Freitag, den 2. Mai, abds. 8 Uhr, im Gasthof „Zur Linde": Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Landrat Stammer über sozialistische Gemeindepolitik. 2. Verschiedenes. Alle Parteigenossen müssen mit ihren Frauen erscheinen. Volksblattleser und Gesinnungsfreunde sind eingeladen.

Kreis Delitzsch.

Dienstag, den 29. April:

Delitzsch. Abends 8 Uhr im „Schützenhaus": Oeffentliche Versammlung.

Mittwoch, den 30. April:

Gleisen. Abends 8 Uhr im Gasthof Raue: Oeffentliche Versammlung.

Crostis. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Kreis Wittenberg.

Wittenberg. Dienstag, den 29. April, abends 8 Uhr, im „Volksgarten": Oeffentliche Versammlung. Redner: Dr. Schweriner (Berlin).

Kreis Sangerhausen-Eckartsberga.

Dienstag, den 29. April:

Sangerhausen. Abends 8 Uhr in der „Georgienbrauerei": Mitgliederversammlung. Keiner darf fehlen.

Heldrungen. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung. Redner: Reichstagsabg. Kunert.

Dittichenrode. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Dittichenrode. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Mittwoch, den 30. April:

Artern. Abends 8 Uhr im „Goethehaus": Oeffentliche Versammlung. Redner: Landrat Guske.

Liedersdorf. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Schmalzerode. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Martinsrieth. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Liedersdorf Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Schmalzerode. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Artern. Abends 8 Uhr, im „Goethehaus": Oeffentliche Versammlung.

Donnerstag, den 1. Mai:

Sangerhausen. Abends 8 Uhr, im „Preußischen" Hof: Oeffentl. Versammlung.

Berga. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Katharinenrieth. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Freitag, den 2. Mai:

Stempeda. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Holdenstedt. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Wallhausen. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Kreis Mansfeld.

Dienstag, den 29. April:

Dederstedt. Abends 8 Uhr, im Gasthof Galandes Oeffentliche Versammlung.

Mittwoch, den 30. April:

Helbra. Abends 8 Uhr im „Kronprinz": Oeffentliche Versammlung. Redner: Redakteur Schweriner (Berlin).

Donnerstag, den 1. Mai:

Erdeborn. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44

Arbeitsmarkt

Tüchtige

Holzbildhauer

Stundenlohn 0,70 bis 1,— Mk. für dauernd sowie einige 6925

Qualitäts-Tischler

sucht

Wittenberger Kunstwerkstatt für Holzarchitektur Wittenberg (Bez. Halle)

Familien-Nachrichten

Am 27. April 1924 verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser liebes Zwillingssöhnchen, Bruder u. Enkel

Horst

im Alter von 10 Monaten.

Dies zeigt an in tiefstem Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen

Helfta, den 27. April 1924.

Fritz Gebhardt und Frau, geb. Kleinhans.

1279

Stadt-Theater

Mittwoch, den 30. April, abends 7½ Uhr:

Totentanz

von August Strindberg

mit

Paul Wegener

als Kapitän

und seinem Berliner Ensemble

Kochs Künstlerspiele

„Bunte Bühne" 6929

Direktor u. Besitzer **Alb. Koch**

Jägergasse 1 — — Telephon 1066

Die führende Kleinkunstbühne mit dem besten u. größt. Attraktions-

April-Programm!!

Mittwoch: Abschiedsfeier. Entscheidung u. Ehrenabend - für die Dichterschlacht -

Maximilian Blochert, Norbert Stein

Nachdem: Der vornehme Tanz

Trotz enormer Unkost. kleine Preise

Kernseife 6933

Ia helle Ware liefert billig jed. Posten

Seifenfabrik Ebert

Halle-Trotha. Tel. 3602 u. 4237.

Neu! Neu!

Max Beer

Allgemeine Geschichte des Sozialismus

Jedes Bändchen des kompletts vorliegenden Werkes ist in vielen tausend Exemplaren verbreitet. Wers wirklich interessierende Arbeit, die die sozialen Kämpfe vom Altertum bis in die neueste Zeit schildert, kann mit den besten Werken populärer Geschichtsdarstellung in eine Reihe gestellt werden. Diese in schönen roten Pappband gebundene Ausgabe kostet 8 Mark.

Volksblatt-Buchhandlung

Halle (S.), nur Gr. Ulrichstr. 27

Amtliche Bekanntmachungen

Delitzsch

Am Schwarzen Brett: Wahlvorschläge. 9924.

Delitzsch, den 26. April 1924.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses.

Neu-Rössen

Gemäß § 34 der Wahlordnung für die **Wahlen zu den Gemeindevertretungen** werden hiermit die für die **Gemeinde Rössen** zugelassenen Wahlvorschläge bekanntgegeben:

1. Wahlvorschlag: Völkisch Sozialer Block.

Bandistel, Wilhelm, Ingenieur, Neu-Rössen, Torplatz 24. Klotzsch, Otto, Dipl.-Ing., Schulstr. 7. Heyde, Oswald, Techniker, Bahnhofstraße 7. Flachs, Alfred, Schlosser, Pfalzstr. 17. Apel, Kurt, Dr. Chem., Mittelstr. 4. Barner, Fritz, kaufm. Angestellter, Bahnhofstr. 14.

2. Wahlvorschlag: Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Möbersheim, Karl, Werkmeister, Neu-Rössen, Kurze Gasse 6. Ihle, Max, Plötzn., Rabengasse 2. Bott, Friedrich, Obermstr., Mittelstraße 16. Hohmann, Friedrich, Schweißer, Pfalzstr. 42. Henn, Karl, Ing., Mittelstr. 2. Becker, Karl, Werkmeister, Pfalzstr. 40. Köhler, Gustav, Kesselschm., Merseburger Straße 55. Bier, Friedrich, Obermstr., Rabengasse 9. Lahe, Karl, Werkmstr., Spergauer Str. 33. Engel, Walter, Klempner, Sonnenplatz 2. Kurz, Robert, Werkmstr., Pfalzstr. 30. Bauer, Heinrich, Werkmstr., Breitestr. 42.

3. Wahlvorschlag: Wirtschaftliche Vereinigung.

Weniger, Max, Landwirt, Rössen (Dorf) Nr. 16. Voigt, Otto, Oberfekretär, Neu-Rössen, Mittelstr. 6. Zepf, Dr., Karl, Chemiker, Mittelstr. 7. Müller, Rudolf, Obermeister, Pfalzplatz Nr. 2. Schmidt, Michael, Techniker, Mittelstr. 26. Patenge, Albin, Techniker, Breite Straße 44. Kleinbühl, Hermann, Reg.-Baumeister, An der Bahn 1. Schaaf, Alexander, Schlosser, Erkergasse 4. Levin, Paul, Architekt, Windmühlenstr. 6. Seelig, Fritz, kaufm. Angestellter, Breite Straße 21. Deicke, Hans-Heinrich, kaufm. Angestellter, Bahnhofstraße 10. Mecken, Georg, Obermstr., Merseburger Straße 93. Wolf, Gustav, Maurer, Rössen (Dorf) Nr. 17. Schurig, Emil, Lehrer, Neu-Rössen, Mittelstr. 26. Josenhans, Max, Dipl.-Ing., Mittelstr. 11. Dambitz, Richard, Werkschreiber, Breite Straße 14. Schütz, Heinrich, Bautechniker, Breite Str. 23. Zappe, Louis, Schmiedem., Haberstraße 13.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses, Weniger.

Eisleben

Die Ausgabe der Karten zur **Milchverbilligung** erfolgt Mittwoch, den 30. April 1924, vormittags 8—12 Uhr, im Rathause, Zimmer 3. 1278

Der Magistrat.

Werbt neue Leser!

Stadt-Theater.

Mittwoch, abends 7½ Uhr: Gastspiel

Paul Wegener

in

„Totentanz"

mit dem Berliner Ensemble.

Donnerstag:

Ein idealer Gatte.

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Auf Abzahlung!

Garderobe, Manufakturwaren, Gardinen, Bettzeuge. Handtücher, Hemd. Damenbeinkleider, Schürzen usw.

Carl Rasemann

Alte Promenade 351

6295

Lederhüte

braun Nappa, von **Mk. 9,50** an.

Hoppe, Kubgasse 6

Billige Scheintaschen

Ia Leder sehr preiswert

Hugo Krasemann

Nur Schmeerstr. 19

Lederwaren-Haus.

Frau Schnatterich

Ausschneiden und aufbewahren! Es folgt ein Preisausschreiben!

2.

Frau Schnatterich kommt nach Berlin und ist entzückt über die neue, ärmellose Mode. Hüftenlose gab es schon, die rocklose wurde leider wieder fallengelassen, als sie gerade anfing reizvoll zu werden, aber die ärmellose imponiert ihr besonders. Sie beschließt eine solche Robe zu kaufen und geht in die Friedrichstraße in das große Kaufhaus Adam. Man bedauert, nur Adamskostüme und sonstige Herrenkonfektion zu führen. Sie kauft nun im nächstbesten Geschäft ein Evakostüm, das sie aber nur wenig befriedigt, weil zuviel Stoffverschwendung getrieben worden ist, und begibt sich in die Kunst- und Antiquitätenhandlung von Löwenthal & Ehrlich. Dort findet sie mit sicherem Instinkt sofort den Unterschied zwischen alter und neuer Kunst heraus. Bei der alten Kunst, so überlegt sie sich, waren nur die Fürstungen aus Blech. Ich möchte übrigens wissen, wie sich so ein oller Ritter gekratzt haben mag, wenn ihn was gebissen hat. Bei der neuen Kunst dagegen sind gleich die ganzen Menschen, die Blumen und alle Gegenstände schön geradlinig aus Blech geschnitten, kunstvoll zusammengelötet, und die Schattierung läßt man durch dressierte Fliegen anbringen, die überall zarte Punkte hinsetzen.

Herrn Ehrlich, den sie sofort als Hühneraugenpatienten erkennt und der sie in ein Kundengespräch verwickeln will, um ihr einen echt imitierten alten Meister anzuschmieren, redet sie einfach nieder. Es gibt, so sagt sie, nichts Besseres als das millionenfach bewährte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster gegen die Hühneraugen, in wenigen Tagen sind sie spurlos, schmerzlos und gefahrlos verschwunden. Die Schmerzen werden sofort nach dem Auflegen gestillt. Entzündungen, wie nach minderwertigen Hühneraugen-Mitteln und Blutvergiftungen, wie nach dem Schneiden, sind ausgeschlossen. Und dann nehmen Sie täglich ein Kukirol-Fußbad. Sie werden es nötig haben, wenn Sie den ganzen Tag in viel zu engen Lackstiefeln hierumgewimmelt sind. Es reinigt die Füße gut, beseitigt Brennen, Anschwellen und Wundlaufen der Füße, kräftigt Nerven und Sehnen, beseitigt den Schweißgeruch und man hat beim Gehen so ein wohliges Gefühl der Angenehmigkeit.

Sie bekommen Kukirol und Sanitätsrat Dr. med. Campe's Kukirol-Fußbad in jeder größeren Apotheke und besseren Drogerie. (Kukirol-Hühneraugen-Pflaster 75 Pfg. pro Schachtel. Kukirol-Fußbad 50 Pfg. pro Packung.) Achten Sie aber genau auf den Namen Kukirol und die Schutzmarke „Hahn mit Fuß" und lassen Sie sich nichts anderes als „auch sehr gut" aufreden. Ich habe viel durchprobiert, nur Kukirol hat mir geholfen.

Wichtig! Verlangen Sie die aufklärende und überaus lehrreiche Broschüre „Die richtige Fußpflege", die wir jedem Interessenten kostenlos und portofrei zusenden.

Unsere, unter der Leitung eines alten, erfahrenen Arztes stehende „Wissenschaftliche Abteilung" erteilt gegen Einsendung von Rückporto kostenlos Rat und Auskunft über alle Fragen, die sich auf Fußpflege und Fußleiden beziehen.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404291-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 29. April 1924.

Auf zur Maifeier!

Der Ortsverein Halle veranstaltet am 1. Mai, abends 7½ Uhr, im „Hintergarten" seine Maifeier. Mitwirkende sind u. a. Alfred Durra und Hertha Reinecke vom Stadttheater, Freier Sängerchor, Künstlerkonzert.

Alle unsere Parteigenossen und Freunde sind freundlichst hierzu eingeladen. Parteigenossen, agitiert für guten Besuch.

Der Vorstand.

Die letzte Stadtverordnetensitzung.

Am gestrigen Montag trat das im Frühjahr 1919 gewählte Stadtparlament zu seiner letzten Sitzung zusammen. So bewegt wie sein Beginn war auch das Ende. Es ging in der Sitzung, wie des öfteren in den fünf Jahren, sehr stürmisch zu. Nach Erledigung der Tagesordnung sollten die Etatsberatungen beginnen. Auf Antrag der Linken wurde gegen den Willen des Bürgermeisters und der Rechten beschlossen, die Verabschiedung des Haushaltsplanes der neuen Stadtverordnetenversammlung zu überlassen. Den ausführlichen Bericht können wir wegen der durch Störung in der elektrischen Leitung hervorgerufenen technischen Schwierigkeiten heute nicht bringen.

Antisemitische und jüdische Moral.

Hauptpastor Felden aus Bremen sprach in einer überfüllten Versammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus über antisemitische und jüdische Moral. Er ging von einer Anzeige der Deutschnationalen, Volkspartei in der Montag-Ausgabe der „Hallischen Nachrichten" aus. Diese Anzeige, in der über Juden und „Judenhelfer" die ältesten längst widerlegten Unwahrheiten aufgewärmt werden, bezeichnet er als ein Lügenmachwerk, ihren Verfasser als einen bewußten Schwindler. Wir möchten hier bemerken, daß unserer Ansicht nach auch ein Blatt des Huck-Konzerns, das gegen Bezahlung Anzeigen aller Interessentengruppen und Parteien abdruckt, eine gewisse moralische Zenur walten lassen sollte.

Felden ging den faulen Wurzeln antisemitischer Moral und Ethik nach, beschäftigte sich mit dem pseudowissenschaftlichen Unterbau völkischer Weltanschauung und wandte sich sodann ausführlich den jüdischen Sittenlehren zu. Altes Testament und Talmud, auch Schulchan-Aruch werden von dem Gesetz „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst" beherrscht. Die beiden letztgenannten Vorschriftensammlungen sind entstanden, als Juda bereits unter Fremden verstreut lebte, und sie prägen immer wieder die Mahnung ein, das Gesetz des Aufenthaltsstaates als gültig zu achten. Der moderne Antisemitismus hat Führer, deren Unmoral zu einer Volksgefahr geworden ist. — Leider ließ sich der Redner durch Zwischenrufe völkischer Maulhelden einige Male aus der Ruhe bringen. Er war durch die Anstrengungen des überlangen Wahlkampfes sichtlich ermüdet. Die teilweise erregte Diskussion brachte wenig Positives. Der Schutz der Versammlung, in die zu Anfang zugendliche Völkische, mit Gummiknüppeln bewaffnet, hatten eindringen wollen, wurde durch jüdische Frontsoldaten und ein starkes Polizeiaufgebot durchgeführt.

*

Nette Aussichten für den 1. Mai.

Hatten die Antisemitenjünglinge schon vorher versucht, mit Gummiknüppeln den Nichtvölkischen die Notwendigkeit der Volksgemeinschaft einzuprügeln, so zeigten sie nach Schluß der Versammlung im Schützenhaus erst recht, was die Arbeiterschaft zu gewärtigen hat, wenn die Reaktionäre am 4. Mai den erwünschten Erfolg haben sollten. Eine wilde, mit allerlei gefährlichen Werkzeugen ausgerüstete Horde von etwa 100 völkischen Jünglingen überfiel in der Ulrichstraße die von der Versammlung Kommenden. Einigen Zugendlichen wurde damit gedroht, daß sie vor die Elektrische geworfen würden; auch Mißhandlungen erfolgten. Ein anderer Trupp Hakenkreuzler mißhandelte auf dem Alten Markte ebenfalls einige Zugendliche. An der Großen Ulrichstraße hatte die Bande einige führende Kommunisten erkannt. Da die Hakenkreuzler sich stark fühlten, machten sie auch hier von ihren „geistigen" Waffen reichlichen Gebrauch. Was diese Herrschaften für den 11. Mai planen, ging aus Aeußerungen hervor, daß an jenem Tage auf dem „Volkspark" die schwarzweißrote Fahne wehen würde. Brutalster Terror. Will die Regierung noch immer nicht sehen, was die Heerschau am 11. Mai bedeuten soll?

* **Verlängerung der Einspruchsfrist für Abgebaute.** Die Reichsregierung hat beschlossen, die vorgesehene Einspruchsfrist von zwei Wochen zugunsten der Beamten, denen ihre Entlassung oder Versetzung in den einstweiligen Ruhestand auf Grund der Vorschriften der Personalabbauverordnung schon vor dem 2. April bekanntgemacht worden ist, bis zum 10. Mai einschließlich zu verlängern.

* **Reichskursbuch.** Am 1. Juni erscheint die Sommerausgabe 1924 des Reichskursbuchs zum Stückpreise von 7 Rentenmark. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen.

Unsere

Frühjahrs

wanglose Besichtigung erbeten.

SONDERWOCHE

beginnt Mittwoch, den 30. April.

Alle Abteilungen unseres Hauses bringen anlässlich dieser „Sonder-Verkaufsveranstaltung" grosse Posten Ware, die, in jeder Hinsicht den Forderungen der Mode entsprechend, sich bei bester Beschaffenheit durch auffallend billige Preise auszeichnen.

Damen-Bekleidung.

Blusen

Seidentrikot moderne Jumperform . . 16,50 12,90 — 9.85
Popeline reine Wolle, flotte, jugendl. Form . 16,50 — 13.75
Hemdbluse moderne Streifen . . 5,75 — 3.95
Voll-Voile weiß, Bubiform m. kurz. u. lang. Arm. 7,90 5,90 — 4.25
Voll-Voile farbig, große Auswahl, mod. Fasson 7,50 — 4.90

Kleider

Musselin-Kleid fesche Form, reizende Muster 8,75 — 5.90
Reinwoll. Kleid große Farbenausw., reich garn. 14,50 — 9.50
Gabardine-Kleid reine Wolle, moderne Formen und Farben . . . . . 27,00 — 23.50
Frottee-Kleid einfarbig, gestreift od. kariert . 19,75 — 11.75
Seiden-Trikot-Kleid eleg. verarbeitet, entzückende Farbenstellungen 33,00 27,00 — 22.50

Röcke

Kostümrock praktisch, haltbarer Stoff . . — 5.90
Cheviot-Rock reine Wolle Faltenform, marine u. schwarz — 6.95
Reinwoll-Kammgarn-Rock Wickelform, m. Tresse garn. — 13.75
Sport-Rock Stoff engl. Art . . . . . — 7.95
Ia Kammgarn-Rock moderne Streifen . . . . . — 12.75

Mäntel

Damen-Mantel engl. Stoff, farbig gepaspelt 14,95 — 10.90
Covercoat-Mäntel in großer Auswahl 25,00 16,75 — 10.50
Donegal-Mäntel moderne Formen 29,00 19,75 — 14.50
Damen-Tuch-Mantel reine Wolle . . . . 48,00 — 25.50
Loden-Mäntel elegant verarbeitet und imprägniert 35,00 29,50 — 23.00

Kostüme

Sportkostüm gut verarbeitet . . . 22,00 — 16.75
Donegal-Kostüm moderne Form . 55,00 38,00 — 27.50
Kostüm, Kammgarn-Cheviot auf Seidenserge, reich garniert . . . . . 58,00 47,00 — 26.50
Frauen-Kostüm prima Stoffe und Verarbeitung 95,00 78,00 — 52.00
Gabardine- und Ripsköstüme in eleg. Ausführ. 120,00 98,00 — 65.00

Damenhemd mit Hohlsaum aus gutem Wäschestoff 1,75
Garnitur Damenhemd u. Beinkleid Trägerform m. Hohlsaum 3,50
Wäschestickereien diverse Qualitäten mit kleinen Fehlern Mtr. 25 18 — 12 ₰
Damen-Strumpf Ia Seidenflor, Doppelsohle, Hochferse . . . 1,45
Damen-Strümpfe Ia Seidenflor, Nixenbaut schwarz u. mod. Farben 2,25

Weisswaren

Taschentücher gut. Stoff Languette, gestickte Ecke . 25 ₰
Taschentücher 3 Stück im Karton, reich gestickt . . 1.10
Jacken- u. Kleider-Krugen 1 Posten zum Aussuchen, Stck. 38 ₰
Bubikragen m. Hohlsaum aus gutem Stoff . . . . . 85 ₰
Spachtelkragen runde Form, die gr. Mode 1924, Stck. 3.50

Herrenartikel

Strickbinder moderne Muster . . 95, 48 — 28 ₰
Herren-Hosenträger Gummi, Lederstrippe . . 95 — 55 ₰
Oberhemd Ripseinsatz feste Manschette, ungewasch. — 5.90
Mako-Hemd Doppelbrust . . . . . — 3.25
Herren-Trikot-Hosen schwere Qualität . . . 2.45 — 1.95

Kleiderstoffe

Homespune 130 cm für Mäntel und Kostüme . . 4,50 — 3.50
Gabardine reine Wolle 130 cm, moderne Farben . . — 6.95
Covercoat imprägniert für Damenmäntel . . . . . — 4.75
Popeline reine Wolle doppeltbreit, div. Farben 6.75 — 4.50
Seiden-Trikot Jacquard in vielen hellen Farben . . . — 7.80

Korsetts u. Röcke

Strumpfhalter-Gürtel aus Ia Drell 1.25
Hüfthalter Drell, naturfarben, languettiert 1.60
Korsett lange Form, aus festem grauen Drell 2.25
Reform-Korsett aus weiß und grau Drell . . 2.75
Wasch-Unterröcke Ia Gingham, hoher Volant . 4.25

Waschstoffe

Musseline hellgrundige Muster . . . . 78 ₰
Voll-Voile 115 cm, weiß und neue Sommerfarben 2.40
Sportflanell moderne Streifen . . . 1,20 — 85 ₰
Blaudruck für Kleider . . . . . 1,25 — 1.15
Perkal für Oberhemden, neue moderne Muster . . . 1.10

Brunner & Benjamin

Große Ulrichstrasse 22-24 u. Rannischer Platz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404291-11/fragment/page=0005

Sozialdemokratie und Kultur.

Was unsere Stadtverordneten auf kulturellem Gebiete wollten und erreichten!

Auf kulturellem Gebiet schaffend und fördernd zu wirken, um die niederen und weniger bemittelten Kreise der Bevölkerung körperlich, geistig und sittlich zu heben, war eine Hauptaufgabe unserer Rathausfraktion auf dem Gebiete der kommunalen Tätigkeit. Dieses Wirken und Tun geschah freilich nicht immer vor der breiten Oeffentlichkeit, sondern vollzog sich meist in Deputations- und Ausschußsitzungen. Allen

Einrichtungen zur Erhaltung der Volksgesundheit

haben wir volles Interesse entgegengebracht. Dem Ausbau und einer erweiterten Tätigkeit des städtischen Gesundheitsamtes haben wir zugestimmt. Betrug der Zuschuß im Jahre 1919 = 28 738 Mk., so stieg er bis zum Jahre 1923 auf 108 781 000 Mk. Dadurch wurde bewirkt, besonders den schulärztlichen Dienst in weitestem Umfange zu ermöglichen. Die schulärztliche Tätigkeit nicht nur beratend wirken zu lassen, sondern sie den Kindern der ärmeren Volksschichten gegenüber auch Heilmittel gewährend zu gestalten, ist uns bisher nicht gelungen. Ein Antrag, der einen ersten Schritt auf dem Wege zu diesem Ziele darstellte, und eine Kommunalisierung der Apotheken oder wenigstens die Errichtung einer städtischen Apotheke zum Gegenstand hatte, fand bei den Freunden des Freihändlertums schärfsten Widerspruch. Den neuen Gemeindevertretern wird hoffentlich mehr Erfolg beschieden sein.

In dem provisorischen, wenn auch in engen Grenzen bestehenden und nicht allen hygienischen Anforderungen entsprechenden Stadtkrankenhause sahen wir den Anfang zur Erfüllung eines von der werktätigen Bevölkerung seit langem gehegten, in der Abneigung gegen Ueberweisung in die hiesigen Kliniken begründeten Wunsches nach einem eigenen, der Bevölkerungszahl entsprechenden städtischen Krankenhause. Wir haben darum der Aufhebung des Stadtkrankenhauses entgegen der Stellungnahme der beamteten Aerzte widersprochen, und auch unsere Nachfolger werden den Plan der Errichtung eines städtischen Krankenhauses nicht aufgeben können. Die von der Desinfektionsanstalt ausgeübte Tätigkeit gebührenfrei, wenigstens für die weniger bemittelten Bevölkerungsschichten, zu gestalten, ist uns nicht gelungen; wir waren aber bemüht, die Gebühren so niedrig wie möglich zu bemessen. Die Mängel unseres Hebammenwesens waren uns bekannt, und wir haben durch Antrag bewirkt, daß das Hebammenwesen im Stadtbezirke so schnell wie möglich und genau nach den gesetzlichen Vorschriften eingerichtet worden ist. Todesfällen im Kindbett und großer Sterblichkeit Neugeborener ist damit abgeholfen und vorgebeugt. Allen Bestrebungen zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs, der Säuglings- und Kindersterblichkeit haben wir Förderung zuteil werden lassen.

Entsprechend unserem Bekenntnis zur Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des

Wohnungswesens

nahmen wir im Gegensatz zu den Bürgerlichen dem Bestehen des Wohnungs- und Mieteinigungsamtes gegenüber eine bejahende Stellung ein, ohne jedoch die Tätigkeit dieser Einrichtungen immer und allemal gutzuheißen. Der Wohnungsnot abzuhelfen war unser Streben, und wir sahen das geeignetste Mittel zur Behebung der Not in der Beschaffung neuen Wohnraumes, wenn auch in der Frage der erforderlichen Finanzierung hierzu geteilte Meinung bestand. Die Wohnungsbauabgabe wurde, weil unsozial, von der Mehrzahl unserer Gemeindevertreter bekämpft und dann zuletzt, als sie nach ihrer Höhe unerschwinglich und ihre Unzulänglichkeit immer mehr erkennbar wurde, von der Gesamtheit abgelehnt. Dem Wohnungsbauplane der Stadt stimmten wir zu und ließen ihm möglichste Förderung zuteil werden. Wir werden und müssen bestrebt sein, diesen Plan zu erweitern, um die Mietwohnungen immer mehr in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir uns dafür eingesetzt, daß die Gemeinde versucht, möglichst umfangreichen Grundbesitz zu erwerben. Jeder Veräußerung von städtischem Grund und Boden, soweit derselbe für eine großzügige gemeindliche Wohnungsbaupolitik in Frage kommt, haben wir ablehnend gegenübergestanden. Mit der Vergebung des Grund und Bodens der Gemeinde in Erbpacht haben wir uns einverstanden erklärt. Wir forderten, daß die von der Stadt errichteten Wohnungen allen Anforderungen der Volkswohlfahrt entsprechen und der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, zu Mietpreisen zur Verfügung gestellt werden, bei denen nur die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Ansatz gebracht werden. Der Errichtung von Mietkasernen stehen wir schroff gegenüber und empfehlen eine größere Weiträumigkeit der Bebauung, um damit den Kleinhausbau zu fördern.

Um dem Wucher auf dem Gebiete des Abvermietens wirksam entgegentreten zu können, haben wir die Errichtung von Ledigenheimen beantragt. Wir haben stets einer noch schärferen Erfassung übermäßigen Wohnraumes das Wort geredet. Der Not gehorchend, haben wir der Bewilligung von Mitteln zum Ein- und Umbau von Kleinwohnungen zugestimmt; handelte es sich dabei doch meist um eine Unterstützung an Kleinhausbesitzer, die nicht zu den wirtschaftlich Bessergestellten zu zählen waren. Um die Bautätigkeit zu fördern und der Arbeitslosigkeit zu steuern, haben wir dem Verkaufe einzelner Baustellen zugestimmt. Der Prinzipienlosigkeit brauchen wir uns darum nicht zu zeihen. — Die Erkenntnis, daß wir die

Erziehungsfrage

als den Ausgangspunkt für eine neue Wirtschafts- und Lebensgestaltung zu betrachten haben, ist noch nicht Gemeingut aller Genossen geworden, immerhin waren Schul- und Bildungswesen das Gebiet, wo in allen zur Entscheidung stehenden Fragen beide Linksparteien geschlossen stimmten. Sichtbare Erfolge sind uns leider auf dem Gebiete der Schule nicht beschieden gewesen, dabei ist freilich besonders jugendlichen Stürmern gegenüber zu bedenken, daß Schul- und Erziehungsfragen nicht durch Gemeindebeschluß, sondern durch die Reichs- und Landesgesetzgebung gestaltet werden, und die Gemeinde hauptsächlich nur als Schullastenträger in Frage kommt. Was wir wollten, haben wir beim Wechsel in der Leitung des städtischen Schulwesens im Jahre 1920 deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir forderten 1. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Mittel- und Volksschulen der Stadt zu einer gemeinsamen Grund- und Hauptschule zu vereinigen und diese so zu gestalten, daß sie in ihren A-Zügen die Ziele der preußischen Mittelschule erreichen kann. Um diese Neugestaltung für die Kinder des Proletariats fruchtbringend zu machen, verlangten wir, daß der Grundschule nach unten ein Schulkindergarten vom vierten bis zum sechsten Lebensjahre angebaut wird zur Aufnahme derjenigen Kinder, namentlich aus Arbeiterkreisen, deren Mütter außerhalb des Hauses arbeiten und ihren Kindern keine vorbereitende erziehlich-unterrichtliche Pflege angedeihen lassen können. Geschehen ist nichts, dagegen hat man sich von bürgerlicher Seite aus mit allem Eifer für die Erhaltung der selbständigen Mittelschule, diesem Hemmnis für die Hebung der Volksschule und damit der Allgemeinbildung, eingesetzt. Wir forderten zweitens, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die baldmöglichste Gründung einer Aufbauschule in die Wege zu leiten. Wir wollten damit erreichen, daß begabten Kindern nach einem siebenjährigen Besuche der Volksschule sich noch die Möglichkeit bot, in den Besitz einer höheren Bildung zu gelangen. Ueber Beratungen im Schulausschuß ist es nicht hinausgekommen.

Alle von uns erstrebten Schulreformen bezweckten, jedem Kinde eine seiner Neigung und seiner Begabung entsprechende Bildung zuteil werden zu lassen. Keinesfalls darf für den Besuch einer höheren Schule die wirtschaftliche Stellung der Eltern maßgebend sein. Wir haben uns darum stets für Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel eingesetzt. Da Staat und Gemeinde zurzeit nicht bereit sind, völlige Schulgeldfreiheit einzuführen, so haben wir drittens gefordert: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ihr eine Vorlage für die Organisation des Schulgeldes, etwa nach den Grundsätzen der sozialen Staffelung, zur Beschlußfassung vorzulegen. Keinesfalls haben wir damit unsere prinzipielle Stellung gegenüber der Forderung freie Lehr- und Lernmittel aufgegeben. Wir haben noch in der vorletzten Sitzung die Erhebung von Schulgeld abgelehnt.

Beamte! Kopfarbeiter! Angestellte!

Morgen Mittwoch, den 30. April, abends ½8 Uhr
spricht im Restaurant „Zum Nikolaus"

Abg. Prof. Dr. Waentig
über das Thema:

Wie wählen wir am 4. Mai?

Alle Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten sowie die Angestellten aus Industrie, Handel und Gewerbe sind eingeladen.

Allen Einrichtungen zur gesundheitlichen Kräftigung von Schulkindern haben wir das Wort geredet. Die Einrichtung der Peißnitzschule als einer Art Waldschule, die Anlegung von Schulgärten, die Erteilung von Schwimmunterricht und orthopädischem Turnunterricht haben wir gutgeheißen und die hierführ erforderlichen Mittel bewilligt. Der schulentlassenen Jugend auf diesem Gebiete mehr zu helfen war uns leider versagt. Unser Antrag, die Bergschenke zu einem Jugendheim und zu einer Jugendherberge zu gestalten, wurde abgelehnt. Auch alle Versuche, der proletarischen Jugend geeignete und billige Versammlungsräume zu verschaffen, blieben ohne Erfolg. Nur die Errichtung des Stadions war ein Schritt vorwärts auf dem Gebiete des Arbeitersports.

Der Förderung der Berufsschulen, die ja zurzeit die einzige organische Weiterführung der Volksschule darstellen, galt unsere Mitarbeit. Dem Bemühen und Bestreben der Arbeitgeber, den Pflichtunterricht außerhalb der Arbeitszeit zu legen, sind wir entgegengetreten und haben durchgesetzt, daß Arbeits- und Schulzeit zusammen 8 Stunden nicht überschreiten dürfen. Wir haben uns dafür eingesetzt, daß die Arbeitgeber die Pflichtbeiträge unter keinen Umständen auf die bei ihnen Beschäftigten und zum Besuche der Fortbildungsschule Verpflichteten oder deren Eltern abwälzen dürfen.

Um auch die gesamte weibliche Jugend in den Bildungsprozeß einzugliedern, haben wir seinerzeit beantragt, die Fortbildungsschulpflicht auf alle Schulentlassenen auszudehnen. Auch die Berufsschüler an der Darbietung guter Schauspiele und Opern und an den Veranstaltungen von Vorträgen auf den verschiedensten Gebieten von Kunst und Wissenschaft teilnehmen zu lassen, gilt uns erstrebenswert. Ein ganz besonderes Interesse haben wir der Volkshochschule entgegengebracht. Ihre finanzielle Unterstützung ist von uns beantragt, und für jede erwünschte und notwendige Forderung waren wir zu haben. Ihr ferneres Blühen und Gedeihen mögen Wunsch und Wille auch der neuen Männer sein.

Die Weiterführung des Stadttheaters in eigener Regie

haben wir betrieben nicht nur, um dem Personal gesicherte Arbeit und gesicherten Lohn zu gewähren, sondern um mit dieser Pflanzstätte der darbietenden Kunst dem Volke wahre Kunst zu erhalten und den Genuß derselben zu gewährleisten.

Das Dargebotene ist nur ein Ausschnitt aus dem großen Kreise der kulturellen Aufgaben einer vom sozialen Geiste geleiteten Gemeindepolitik. Dazu sind es meist Aufgaben, deren Erfüllung Kosten erfordern, die heute nur schwer aufgebracht werden können. Aber die Höhe der Kosten darf nicht schrecken. Sparsamkeit auf diesem Gebiete wäre unangebrachte Sparsamkeit. —e.

Sozialdemokratische Erfolge bei Gemeindewahlen.

Kürzlich fanden in Plaue an der Havel Stadtverordnetenwahlen statt. Die Wahlen zeitigten einen ausgezeichneten Erfolg der Sozialdemokratie. Während im früheren Stadtparlament 6 Sozialdemokraten 6 Bürgerlichen gegenüberstanden, wurden jetzt 7 Sozialdemokraten, 1 Kommunist und 6 Bürgerliche gewählt. Bei einer Wahlbeteiligung von 81,5 Proz. erhielten die Sozialdemokraten 662, die Kommunisten 147 und die bürgerliche Liste 569 Stimmen.

In Lähn in Schlesien erhielten die Sozialdemokraten nach einem ungewöhnlich scharfen Wahlkampf, in dem der Bürgerblock alle Kräfte auf die Beine gebracht hatte, bei einer Wahlbeteiligung von 86 Prozent zwar nur 222 von 719 abgegebenen Stimmen, sie haben aber nicht nur ihren alten Bestand an Stadtverordneten- und Magistratssitzen vollauf behauptet, sondern auch noch neue Wähler gewonnen.

Es zeigt sich hier wieder, was es mit dem Märchen von dem „Zusammenbruch der Sozialdemokratie" auf sich hat. Obgleich d[ie] Bürgerlichen alle ihre Reserven heranschleppten und mit all[en] Mitteln arbeiteten, hat sich die Partei glänzend geschlagen. [So] wird es auch bei uns am 4. Mai sein, wenn jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte bis zum Wahltage seine Pflicht tut.

Nachklänge zum Buchdruckerstreik.

Eine Mitgliederversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker beschäftigte sich am Montag nochmals mit dem verflossenen Streik im Buchdruckgewerbe. Der ungünstige Ausgang wurde insbesondere der größeren Anzahl Berufskollegen zur Last gelegt, die sich am Streik nicht beteiligt hatten. Die Versammlung beschloß daher, diese Kollegen, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, aus dem Verbande auszuschließen. Die Entscheidung darüber liegt nach dem Statut bei den Verbandsinstanzen.

Zur Deckung der durch den Streik verursachten Kosten soll ein Extrabeitrag von wöchentlich 1 Mark solange von den Mitgliedern erhoben werden, bis die 3000 Mark, die leihweise aufgenommen waren, aufgebracht sind. Von einzelnen Kollegen ist der Streikbeitrag nicht gezahlt worden. Diese sollen sich bis zum Freitag dieser Woche erklären, ob sie diesen Beitrag noch zu zahlen gedenken; anderenfalls werden von ihnen auch keine Verbandsbeiträge angenommen.

Zur Maifeierfrage wurde nach kurzer Debatte ein Antrag, am 1. Mai die Arbeit allgemein ruhen zu lassen, abgelehnt. Es soll den einzelnen Betrieben überlassen bleiben, ob sie am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen wollen oder nicht.

* **Was ein „Demokrat" verbietet.** Herr Geßler, Reichswehrminister der deutschen Republik, ist Demokrat! Gewissermaßen nach seinem Parteimitgliedsbuch. Er handelt aber zumeist undemokratisch. So bleibt der Stahlhelm nach wie vor den Reichswehrangehörigen offen. Dagegen hat Herr Geßler ein anderes Opfer seines Zornes erkoren: Er hat — den Bund der Kinderreichen für politisch erklärt und den Reichswehrangehörigen die Mitgliedschaft in diesem Bund verboten. Begründet wurde dieses seltsame Verbot damit, daß der Bund der Kinderreichen laut Statut auf die Gesetzgebung dahin einwirken will, daß bei Steuergesetzen usw. die Kinderreichen gebührend berücksichtigt würden. Damit ist nach Herrn Geßlers Ansicht die Tätigkeit des Bundes der Kinderreichen eine politische. Aber wenn der Stahlhelm Juden ausschließt und von seinen Mitgliedern ein Blutsbekenntnis verlangt, wenn er bei der Wahlbewegung sich offen den Rechtsparteien als Wahlhelfer zur Verfügung stellt, so ist das natürlich eine absolut unpolitische Sache, ebenso, wenn er offiziell durch seinen Vorstand vom Reichskanzler verlangt, daß er die Diktatur errichte! Der demokratische Reichswehrminister ist augenscheinlich selbst ein ganz unpolitischer Kopf!

* **Dumme gesucht!** Sollte es wirklich so sein, daß die Dummen niemals alle werden? Es scheint fast so, denn sobald ein Schwindel entlarvt ist, tritt ein neuer auf den Plan und findet wiederum sein Publikum. Die Dummheit ist wie die lernäische Hydra; haut man ihr einen Kopf ab, wachsen auf der Stelle zwei neue. Eine der letzten Neuerscheinungen auf dem Gebiete des Vereinswesens ist eine Interessengemeinschaft der Leute, die Besitzer alter 1000-Mark-Scheine (möglichst rot gestempelt) und anderer Banknoten der früheren Jahre sind. Das Unternehmen trägt den Namen „Interessengemeinschaft der Besitzer von Vorkriegsgeld". Der Vater dieser Gemeinschaft erließ vor einigen Tagen ein Inserat, in dem er die Leute zur Einsendung von einer Rentenmark aufforderte, für die sie zunächst nur „Näheres" über den Verein zu wissen bekommen sollen. Wer nun noch „braune" und „blaue Lappen" hat, und über genügend Rentenmark verfügt, braucht keine Träne zu vergießen, wenn er merkt, daß er geneppt wurde. Der aber, von dem er „Näheres" zu erfahren hofft, sitzt in Liegnitz, inseriert als ein Mann namens Schander, Piastenstraße 30, und lacht sich ins Fäustchen, wenn den vielen Briefen, die ihn erreichen, die Rentenmärker entflattern. Die Leidtragenden sind die, denen Krieg und Helfferichsche Finanzmißwirtschaft den letzten Heller raubten.

* **Warnung vor Auswanderung nach Brasilien.** Ein alter Parteigenosse schreibt aus Sao Paulo in Brasilien u. a.: „Nun habe ich noch eine Bitte an Dich und die Genossen. Solltest Du Gelegenheit haben, sei es mündlich oder durch die Zeitung, warne einen jeden vor der Auswanderung nach Brasilien. Durch die Masseneinwanderung nach Brasilien haben wir jetzt über 1000 arbeitslose Deutsche allein in Sao Paulo, und wir sind nicht in der Lage, denselben helfen zu können." — Alle Berufe sind daselbst überfüllt; jeder Dampfer bringt neue Einwanderer, die dann (logischerweise) die Arbeitsverhältnisse und -bedingungen noch mehr verschlechtern. — Der Genosse arbeitet bereits drei Jahre mit im Arbeitsnachweis des deutschen Hilfsvereins in Sao Paulo, ist also ein unbedingter Kenner der herrschenden Verhältnisse.

* **Der Klingelbeutel geht um.** In diesen Tagen klopft überall ein junger Mann an die Türen und bettelt für den „Volksbund Schwarz-Weiß-Rot". Ueber die Verwendung der Gelder hat der Klinkenputzer nur unverständliches Gestammel. Wir gehen wohl nicht fehl, daß es sich um einen Versuch handelt, Wahlgelder zusammenzutrommeln. Hoffentlich zahlt jeder Republikaner mit der diesem Frechling gebührenden Münze.

* **Wiedereinlegung von Schnellzügen.** Vom 30. April an wird der Schnellzug D 83 Hamburg—Altona, Halle (ab 12.51) —Leipzig (an 1.29) —Dresden und vom 1. Mai an der Schnellzug D 8[4] Dresden—Leipzig (ab 4.41) —Halle (5.25/33) —Hamburg—Altona wieder eingelegt.

* **Aus dem Fenster gesprungen.** Gestern abend sprang in der Felsenstraße eine Frau wegen Familienzwistigkeiten und aus Furcht vor ihrem Mann aus einem Fenster der im Hochparterre gelegenen Wohnung auf die Straße. Sie wurde der Klinik zugeführt.

* **Kochs Künstlerspiele „Bunte Bühne".** Am Mittwoch findet ein Ehren- und Abschiedsabend für die Dichterschlacht Maximilian Koch gegen Norbert Stein statt. Hiermit erreicht dieselbe ihren Höhepunkt und ihre Entscheidung. Auch das übrige zugkräftige Aprilprogramm findet am Mittwoch sein Ende.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Dienstag, 7½ Uhr: „Der Waffenschmied". Den Stadinger singt Karl Timäus vom Landestheater in Neustrelitz a. G. a. E., die Marie Frl. Susanne Prée a. G. a. E. Mittwoch Gastspiel Paul Wegener in Strindbergs „Totentanz" mit dem Berliner Ensemble. Donnerstag: „Ein idealer Gatte". Freitag 7½ Uhr: „Moral". Sonnabend: „Der Troubadour". Sonntag: „Carmen". Sonntag vormittag 11½ Uhr findet eine öffentliche Generalprobe zu Beethovens 9. Symphonie statt.

Wetter-Voransage.

Mittwoch, 30. April. Meist trocken, teilweise heiter, warm.

Dr. Rud. Hilferding

Reichsfinanzminister a. D. **spricht heute,** Dienstag, abend 8 Uhr im Thaliasaal in öffentlicher Wählerversammlung der **VSPD.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404291-11/fragment/page=0006

Aus der Provinz.

Achtung, Ortsvereine!

(Wahlzeitung Nr. 3 abholen.)

Wir machen die Ortsvereine darauf aufmerksam, daß die Wahlzeitung Nr. 3 zum Versandt kommt. Die Pakete gehen am Mittwoch mit den bekannten Zügen in Halle ab.

Die Ortsvereinsvorsitzenden werden ersucht, die Zeitungen wie bisher von der Bahn abholen zu lassen. Die Verbreitung erfolgt am 1. Mai.

Bezirksleitung der VSPD. Halle.

Können Deutschvölkische Führer sein?

Genosse Schweriner (Berlin) spricht in folgenden öffentlichen Wähler-Versammlungen:

Wittenberg. Dienstag, den 29. April, abends 8 Uhr, im „Schloßgarten".

Helbra. Mittwoch, den 30. April, abends 8 Uhr, im „Kronprinz".

Roßbach bei Merseburg. Donnerstag, den 1. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal „Kühlemann".

Torgau. Freitag, den 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Rathaus-Saal".

Falkenberg. Sonnabend, den 3. Mai, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus".

Die dritte Säule der kommunistischen Politik.

Die Internationale Arbeiterhilfe.

Unter diesem Titel hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Aufklärungsschrift herausgegeben, die einen Einblick gewährt in die wirklichen Absichten und Ziele der Internationalen Arbeiterhilfe für Sowjetrußland (IAH.).

Das in dieser Schrift verarbeitete umfangreiche authentische Material liefert den schlüssigen Beweis, daß **die IAH. eine Gründung der Kommunistischen Internationale** ist, ins Leben gerufen zu dem Zweck, **unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit die kommunistische Propaganda in die breitesten Schichten des Proletariats aller Länder ungestört treiben zu können.** Außerdem verpflichtet die innige Verbindung mit der russischen Sowjetregierung die IAH. als staatspolitisches Instrument zur Ausführung bestimmter staatspolitischer Aufträge. Durch Gründung von „Klubs der Freunde für Sowjetrußland" hat die IAH. dafür zu sorgen, daß in allen Ländern und mit allen Mitteln Stimmung für Sowjetrußland erzeugt wird.

Als revolutionäre Gründung hat sie andererseits die Aufgabe, die politisch-propagandistische Tätigkeit gegen alle nichtkommunistischen Organisationen zu entfalten. Diese Aufgabe sucht sie insbesondere gegen die Gewerkschaften zu erfüllen. Ueberaus interessant ist die Vielgeschäftigkeit der IAH., die nicht nur ein internationales Hilfswerk ist, sondern allerlei kaufmännische Transaktionen bis zum Herings- und Kaviarhandel betreibt und außerdem die Zentrale der „revolutionären" deutschen Betriebsräteorganisation verkörpert, die durch Beschluß der Roten Exekutive die Sprengzellen der deutschen Gewerkschaften darstellen. Die wirtschaftliche und politische Situation in Räterußland wird durch Berichte von Mitgliedern der Exekutive besonders beleuchtet. Da die IAH. eifrig bemüht ist, vornehmlich in die deutschen Gewerkschaften einzudringen, bringt die vorliegende Schrift volle Klarheit darüber, daß die IAH. trotz aller Ableugnungsversuche lediglich eine internationale Organisation zur Bekämpfung der Gewerkschaften und aller nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen ist und die Hilfstätigkeit der IAH. nur die Kulisse bedeutet, hinter der sie ihre Absichten ungehindert zur Ausführung bringt.

Merseburg. Wahlbezirke. Die Stadt Merseburg ist in die 11 nachfolgenden Abstimmungsbezirke eingeteilt: 1. Abstimmungsbezirk: Breitestraße, Brühl, Fischerstraße, Hüterstraße, Kreuzstraße, Kurzestraße, Mälzerstraße, Milchinsel, Mühlstraße, Oelgrube, Roßmarkt, Saalstraße, Tiefer Keller, Windberg. Wahllokal: Stadtverordneten-Sitzungssaal. 2. Abstimmungsbezirk: Apothekerstraße, Burgstraße, Entenplan, Gotthardtstraße, Gr. Ritterstaße, Haldmondstraße, Kl. Ritterstraße, Markt, Preußerstraße. Wahllokal: Ratskeller. 3. Abstimmungsbezirk: An der Geisel, Hirtenstraße, Johannisstraße, Oberbreitestraße, Sand, Schmalestraße, Seitenbeutel, Vorwerk. Wahllokal: Goldene Kugel. 4. Abstimmungsbezirk: Blumenthalstraße, Kleiststraße, Leunaer Straße, Manteuffelstraße, Nulandtstraße, Roonstraße, Sedanstraße, Weißenfelser Straße einschl. Güterbahnhof. Wahllokal: Kasino. 5. Abstimmungsbezirk: Bürgergarten, Eisenbahnstraße, Gr. Sixtistraße, Kl. Sixtistraße, Lauchstaedter Straße, Margaretenstraße, Naumburger Straße, Sixtiberg, Vor dem Gotthardttor, Vor dem Sixtitor, Wagnerstraße. Wahllokal: „Herzog Christian". 6. Abstimmungsbezirk: Am Bahnhof, Bahnhofstraße, Brauhausstraße, Dammstraße, Domplatz, Dompropstei, Grünestraße, Hälterstraße, Karlstraße, Marienstraße, Poststraße, Seffnerstraße, Schulstraße, Wilhelmstraße. Wahllokal: „Tivoli". 7. Abstimmungsbezirk: Basedowstraße, Gerichtsrain, Haackestraße, Halleschestraße, Lindenstraße, Triebelstraße, Weiße Mauer. Wahllokal: Beths Gesellschaftshaus. 8. Abstimmungsbezirk: Annenstraße, Bismarckstraße, Blanckestraße, Brotuffstraße, Damaschkestraße, König-Heinrich-Straße, Luisenstraße, Moltkestraße, Nordstraße, Otto-Weg, Parkstraße, Roter Brückenrain, Reinefarthstraße, Roter Feldweg, Steinstraße, Thietmarstraße. Wahllokal: „Deutscher Hof". 9. Abstimmungsbezirk: Clobigcauer Straße, Fliederweg (Fleischhauerscher Plan), Friedrichstraße, Gartenstraße, Geusaer Straße, Gutenbergstraße, Pestalozzistraße, Rektor-Block-Straße, Rosenweg, Teichstraße, Ulmenweg (Preußensiedlung), Weidenweg (Glaßscher Plan). Wahllokal: „Funkenburg". 10. Abstimmungsbezirk: Am Stadtpark, Christianenstraße, Georgstraße, Hohendorfer Weg, Kloster, Mühlweg, Oberaltenburg, Rosenthal, Schiefweg, Schreiberstraße, Stufenstraße, Unteraltenburg, Vor dem Klausentor, Weinberg, Winkel. Wahllokal: „Bergschlößchen". 11. Abstimmungsbezirk: Am Neumarktstor, Amtshäuser, Kirchstraße, Krautstraße, Meuschauer Straße, Neumarkt, Obere Burgstraße, Querstraße, Werderstraße einschl. Schleuse, Werdergut. Wahllokal: „Strandschlößchen". — Die Wahl findet am Sonntag, dem 4. Mai, von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt.

Merseburg. Einheitsstimmzettel auch für die Stadtverordnetenwahlen? Wie wir hören, beabsichtigt der hiesige Magistrat, da für die Reichstagswahl der Einheitsstimmzettel vorgeschrieben ist, auch für die Stadtverordnetenwahl der Gleichmäßigkeit halber einen Einheitsstimmzettel vorzuschreiben. Die Stimmzettel erhält jeder Wähler nur im Wahllokal zugleich mit zwei verschiedenen Umschlägen.

Merseburg. Absturz eines „Fliegers". Aus einer Schaukel des Fliegerkarussells, das seit den Osterfeiertagen auf dem Nulandtplatze aufgestellt ist, stürzte am Sonnabendabend ein etwa 18jähriger junger Mensch, als sich das Karussell in voller Fahrt befand. Der Unfall verlief allem Anschein nach ohne nachteilige Folgen für den Betreffenden, denn der „Flieger", der mit seinem Hinterteil etwas unsanft den Erdboden berührte, erhob sich wieder und ging lächelnd seines Weges. Sehr leicht hätte aber durch die Unsitte in diesen an und für sich nicht ungefährlichen Schaukeln, sich noch einen besonderen Schwung zu geben, ein blühendes Menschenleben vernichtet werden können.

Zaasch. Ein Ucharbeiter. Die neuesten Leistungen des Arbeiters Friedrich Nicklisch müssen einmal gebührend gekennzeichnet werden. Die Arbeiterschaft von Zaasch hat zur Gemeindewahl eine eigene Liste aufgestellt und nun versuchte der Ucharbeiter Nicklisch unsere Kandidaten zur Unterschrift der deutsch-völkischen Liste zu bewegen. Es ist aber niemand auf diesen Leim gekrochen. Wer war denn im Kapp-Putsch der Radikalste in Zaasch? Und wer ist heute bei den Deutschvölkischen gelandet und beim Denkmalsbau der größte Ueberstundenschieber? Vielleicht fällt Ihnen darauf die Antwort nicht schwer, Herr Nicklisch. Also in Zukunft etwas vorsichtiger, wenn man solche Sachen macht, sonst verbrennt man sich ganz gehörig die Finger.

Mühlberg. Streik der Korbmacher. Bei der Firma D. Apelt, Korbmöbelfabrik, stehen seit Mittwoch, dem 23. April, die Korbmacher wegen Nichtanerkennung des Lohnabkommens für das Korbmachergewerbe im Streik. Vor Zuzug wird gewarnt.

Bockwitz. Abstimmungsbezirke. Am Sonntag, dem 4. Mai, von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, finden mit den zu gleichem Zeitpunkte vorzunehmenden Reichstagswahlen die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Unser Ort umfaßt zwei Stimmbezirke, und zwar wählen im Bezirk I sämtliche Stimmberechtigte, deren Familiennamen mit A bis K beginnen, im „Volkshaus", im Bezirk II die mit L bis Z beginnenden Wähler im Gasthof Waldau. Die jedem einzelnen Wähler zugestellten Wahlausweise sind beim Eintritt in das Wahllokal vorzulegen.

Die Gemeindewahlbewegung.

Neu-Rössen. Gemeindewahlbewegung. Wie man im Mischmaschlager an die Zuverlässigkeit der bürgerlichen Gemeinderatskandidaten glaubt, beweist am besten ihre hier aufgestellte Liste. Mit 18 Kandidaten geschmückt — 9 Sitze hat das Dorfparlament zu vergeben —, die sich zu allen möglichen Parteirichtungen und allen, jedem vernünftigen Menschen unbegreiflichen Interessenvertretungen zählen, ist diese Liste wohl als einzig dastehende Leistung zu würdigen. Oder glaubten die Väter dieses Wechselbalges bei der Listenaufstellung denen Rechnung tragen zu müssen, die man im Volksmunde als die, die nicht alle werden, bezeichnet. Es ist nur zu bedauern, daß infolge einer gesetzlichen Bestimmung, nach der die Zahl der Gemeinderatsmitglieder auf 9 festgelegt ist, soviel wertvolle Kraft brachliegen muß. Wir möchten den Herren Bürgerlichen jedoch den Rat geben, sich vertrauensvoll an die benachbarten Gemeinden, die nicht in dem glücklichen Besitze so vieler überflüssiger Intelligenzen sind, zu wenden; vielleicht findet man dort noch willige Abnehmer. Mit diesem Tausch würde beiden Seiten Rechnung getragen; den einen verhilft man zu den heißbegehrten Sitzen im Dorfparlament, den anderen zu den geistigen Größen, die ihnen bis jetzt gefehlt haben. Der beste Beweis für die hohe Einschätzung der Arbeiterschaft wird damit geliefert, daß zwei Auch-Arbeiter an völlig aussichtsloser, 12. bis 18. Stelle, untergebracht sind. Arbeiter, Angestellte, durchschaut dieses Roßtäuscherstückchen. Stimmt am 4. Mai geschlossen für die Kandidaten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei. F. L.

Greppin. Gemeindewahlbewegung. Eine öffentliche Hausbesitzerversammlung tagte dieser Woche in Faßners Lokal. Der Syndikus des hallischen Hausbesitzervereins, Herr Machwitz, hielt ein Referat wie eine Drehscheibe. Von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten wollte er alles auf eine Liste vereinigen. Vor allem hatte es ihm die Internationale der Kommunisten angetan. Auch Karl Kürbs (Halle) bekam sein Teil davon. Die sonst in sozialdemokratischen Versammlungen so radaulustigen Leutchen, wie z. B. die Frauen Hannibal und Köhler, waren mäuschenstill. In der Aussprache stellte sich ein früherer Ueberradikaler, Herr Meyer, als treudeutscher Demokrat vor. Zu der Gemeindewahl sind fünf Wahlvorschläge eingegangen: 1. Vereinigte Sozialdemokratische Partei, 2. Vereinigte Katholische Partei, 3. Wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft, 4. Kommunistische Partei, 5. Vereinigung für Gemeindeinteressen. Jetzt kann der Kampf beginnen. Es werden Einheitsstimmzettel ausgegeben. Die denkende Arbeiterschaft wählt die Liste der VSPD. mit den Namen Bretschneider und Fratzke an der Spitze!

Liebenwerda. Gemeindewahlen. An der unwürdigen und skandalösen Szene in der völkischen Versammlung am Sonnabend, wo einem republikanischen Beamten in der Diskussion das Wort verboten wurde, ist ein Vorgang bemerkenswert, der den Beamten die Auswahl der Listen zur Gemeindewahl erleichtern dürfte. Der auf der sogenannten „Unpolitischen Bürgerliste" vor den Beamtenvertreten kandidierende Hausbesitzer Couno hat es für geschmackvoll und seiner Liste förderlich gefunden, den Hauptredner bei dem Niederschreien des Beamten anzugeben. Es ist allerdings nach diesem Vorgang eine etwas reichlich starke Zumutung, die an die Beamten gestellt wird, wenn verlangt wird, einen ihrer besten „Freunde" und „Gönner" die Stimme bei den Gemeindewahlen zu geben. Beamte, gebt ihnen die rechte Antwort auf diese „Gönnerschaft"! Wählt sozialistisch!

Mansfelder Lande.

Unterteutschenthal. Die Wahl am Sonntag, dem 4. Mai, findet in folgenden Lokalen statt: Unterteutschenthal I: Große und kleine Mittelstraße, Querfurter Straße, Bergstraße, Mühlweg, Siedlung und Keule sowie Gutsbezirk Würdenburg. Wahllokal: „Gasthof zum Würdenhof". Unterteutschenthal II: Grünstraße, Hallesche Straße, Friedfeldstraße, Winkelstraße und Sandloch. Wahllokal: Restauration C. Bolle. Wahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Wansleben. Abstimmungsbezirke. Die Wahl am Sonntag, dem 4. Mai, findet in folgenden Lokalen statt: Wansleben I: Langenbogener Straße, Eisdorfer Straße, Hutberg, Riebecksche Baracken, Am Teiche, Stedtener Straße, Grabenstraße, Verbindungsstraße, Kirchplatz. Wahllokal: Große Schule. — Wansleben II: Amsdorfer Straße, Neumarkt, Kesselberg, Bahnhofsstraße, Seeweg, Siedlung. Wahllokal: „Gasthof zum goldenen Ring". — Wansleben III: Bahnhof Teutschenthal, Werk Krügershall. Wahllokal: Schwarzescher Gasthof zu Bahnhof Teutschenthal. Wahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Stedten. Abstimmungsbezirke. Die Wahl am Sonntag, dem 4. Mai, findet in folgenden Lokalen statt: Stedten I: Bahnhofstraße, Schraplauer Straße, Hellesche Straße 1—30, Schulstraße, Bergstraße, Kirchthalstraße, Friedhofsstraße. Wahllokal: „Gasthof zum Hirsch". — Stedten II: Bismarckstraße, Stecherstraße, Mühlstraße, Amsdorferstraße, Hoffnungsstraße. August-Oswald-Straße, Meyerstraße, Hallesche Straße 31—60. Wahllokal „Gasthof zur Tanne". — Wahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Oberröblingen a. See. Abstimmungsbezirke. Die Wahl am Sonntag, dem 4. Mai, findet in folgenden Lokalen statt: Oberröblingen a. S. I: Auswärtige Gehöfte 1—11, Alberstedter Straße, Am Bahnhof, Bahnhofsstraße 1—3 und 26—30, Arnimstraße, Kesselstraße, Lauraweg, Neue Straße, Postweg, Promenade, Schraplauer Straße, Siedlung. Wahllokal: „Gasthof zum Anker". — Oberröblingen a. S. II: Bachstraße, Bäckerstraße, Bahnhofsstraße 4—25, Brunnengasse, Hintergasse, Langestraße, Mühlweg, Ottilienweg, Pfarrstraße, Riebeckstraße, Seestraße, Schmiedeweg, Verbindungsweg. Wahllokal: „Gasthof zum Kronprinz". Wahlzeit 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Wolferode. Abstimmungsbezirke. Die Wahl am Sonntag, dem 4. Mai, findet in folgenden Lokalen statt: Wolferode I: Wahllokal: Beinrothscher Gasthof. — Wolferode II: Wahllokal: „Gasthof zur Linde". — Wahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Helfta. Abstimmungsbezirke für die am 4. Mai stattfindende Reichstagswahl: Helfta I: Abdeckerei, Auenziegelei, Am Güterbahnhof Eisleben, Helpidestraße, Bruchmühle, Eisleber Str., Franzstraße, Friedrichstraße, Kupfermühle, Klosterstraße, Nedendorf, Querfurter Chaussee, Tänzerstraße, Feldstraße, Domäne, Hallesche Straße, Wolferöder Weg. Wahllokal: „Gasthof zur Sonne". — Helfta II: Bismarckstraße, Klausstraße, Wilhelmstraße, Vitzthumstraße, Kirchstraße, Lehmgrube, Lousenstraße, Hackebornstraße, Hermannstraße, Windmühlenweg. Wahllokal: Trebsteinscher Gasthof. — Helfta III: Angerstraße, Blaue Chaussee, Burghardtstraße, Dachsholdstraße, Federmarktstraße, Maststraße, Querfurter Straße, Teichstraße, Unterrißdorfer Straße, Wiesenstr., Winzerstraße, Gartenstraße, Erdeborner Weg. Wahllokal: Ziegers Restaurant. Wahlzeit 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Helbra. Abstimmungsbezirke. Die Wahl am Sonntag, dem 4. Mai, findet, getrennt nach männlichen und weiblichen Wählern, in folgenden Wahllokalen statt: Helbra Ia, männliche Personen: Amalienstraße, Am Hirtenborn, Am Lehberge, Ausw. Etablissement 6—8, Bahnhof Mansfeld, Berggasse, Borngasse, Bismarckstraße, Bolzenschlächterstraße, Doktorweg, Dorotheenstraße, Eisleber Straße, Feldstraße, Fleischerstraße, Gartenstraße, Hellingstraße, Henriettenstraße, Hermannstraße, Herminenstraße, Hinter der Kirche, Hohenthalschächterstraße, Karolinenstraße, Kirchstraße, Küstergasse, Linastraße, Lindenstraße, Louisenstraße, Ludwigstraße, Marienstraße, Minnastraße, Sackgasse, Schenkgasse, Schulstraße, Stephanstraße, Weidhofe, früherer Gutsbezirk. Wahllokal: „Gasthof zum Kronprinz" (Saal). — Helbra Ib, weibliche Personen: dieselben Gemeindeteile wie Ia. Wahllokal: „Gasthof zum Kronprinz" (Gaststube). — Helbra IIa, männliche Personen: Ausw. Etablissement 2—5, Bohnestraße, Chausseestraße, Kolonie, Ernststraße, Friedrichstraße, Gartenheim, Huissenstraße, Krugstraße, Mittelstraße, Neue Straße, Ottostraße, Siebigeröder Straße, Voigtstraße, Wilhelmstraße, Ziegelröder Straße. Wahllokal: Restaurant Pfarrholz (Saal). — Helbra IIb, weibliche Personen: dieselben Gemeindeteile wie IIa. Wahllokal: Restaurant Pfarrholz (Gaststube). Wahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Bilder aus dem Wahlkampf.

Groß-Kayna. Die Wählerversammlung der VSPD. am Freitag war wieder gut besucht. Genosse Täumel (Halle) führte der Versammlung vor Augen, wie die Wähler am 4. Mai bei Abgabe ihres Stimmzettels über das Wohl und Wehe ihrer Familien in den nächsten Jahren entscheiden. In der Diskussion sprach ein Kommunist, der ziemlich ungeschickt seine Angriffe gegen unsere Partei richtete, und ein Anhänger der Freiland-Freigeld-Theorie, der nichts weiter zu tun wußte, als die deutschnationalen Verleumdungen gegen einzelne führende Sozialdemokraten weiterzuverbreiten. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß bei der Gemeinderatswahl in Groß-Kayna, die auch am 4. Mai stattfindet, nur die sozialdemokratische Liste der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gegenübersteht. Entweder wollen die Kommunisten in Kayna nicht gegen die Bürgerlichen kämpfen oder sie sind zu schwach dazu. Darum: Alle Stimmen der VSPD.!

Querfurt. Am Sonnabend sprach im Hotel zur „Sonne" der Gen. Schulz (Halle) in einer starkbesuchten öffentlichen Wählerversammlung der VSPD. In der Diskussion meldete sich nach mehrmaligen Aufforderungen des Vorsitzenden ein auswärtiger Kommunist, der sich a islpteilofschoffe.r bffibffkfp umlhwobffkpz Kommunist, der sich als politisches enfant terrible produzierte und dementsprechend dann auch zum Schluß die Parole ausgab: Wählt kommunistisch oder deutschvölkisch! Im Schlußwort des Referenten machten sich einige Radaulustige bemerkbar, die die persönliche Flegelhaftigkeit zum politischen Prinzip erhoben haben. Unter den vom Genossen Schulz ausgeteilten Lektionen hüpfte der kommunistische Diskussionsredner ständig vom Stuhl hoch, um dadurch seine lächerliche Rolle zu Ende zu spielen. Das Schlußwort des Referenten gestaltete sich zu einer scharfen Abrechnung mit den kommunistischen Fasciisten, die wohlgetroffen zeitweilig aufheulten, im übrigen aber die wohlassortierten Lektionen gut erhalten zur weiteren Verdauung mit nach Hause nahmen.

Liebenwerda. Die Deutschvölkische Freiheitspartei hatte für letzten Sonnabend zu einer Wählerversammlung eingeladen, zu der sich die Versammlungsveranstalter die Schriftstellerin Marie Diers als Referentin verschrieben hatten. Die Zusammensetzung der Versammlung ließ eine Ahnung zu auf das, was kommen sollte. Siebzehn- und achtzehnjährige „Wehrwölfe" hatten die Mitte des Saales besetzt und schienen außerordentlich rauflustig. Die Referentin entledigte sich ihrer Aufgabe in einer Weise, welche die ganze Gedankenlosigkeit und den Wahnsinn der völkischen „Ideen" charakterisierte. In der Diskussion sprach als erster Redner mit einer Redezeit von 10 Minuten (!) unser Genosse Fitzkow, dessen Ausführungen noch mit größter Ruhe angehört wurden. Als jedoch nach dem Genossen Fitzkow ein republikanischer Beamter sich mit dem Spitzenkandidaten der Völkischen, Ludendorff, beschäftigen wollte, wurde ihm unter ungeheurem Lärm der Wehrwolf-Jünglinge von der Versammlungsleitung das Wort verboten. In diesem Tumult verließ der größte Teil der Republikaner den Saal, und es war der Referentin im Schlußwort vorbehalten, sich in maßlosen Gemeinheiten über große Parteien zu ergehen. Am 4. Mai wird die Quittung dafür gegeben!

Bretleben bei Artern. Zu einem Ereignis nicht alltäglicher Art gestaltete sich die von den Deutschvölkischen am Sonnabend hier einberufene Versammlung. Aus Frankenhausen waren ebenfalls ein größeres Aufgabot Deutschvölkischer erschienen, die sich bereits vor der Versammlung über die von unseren Genossen vorgenommenen Verbreitung sozialistischer Flugschriften ärgerten. Der Referent, ein Ingenieur aus Frankleben, hielt dann eine anderthalbstündige Pauke auf die Juden und Judengenossen. In der Diskussion sprach unser Genosse Sauer (Artern). Als er darauf hinwies, daß die die deutschvölkische Bewegung fördernden Kreise der Industrie und des Großgrundbesitzes nicht im Schützengraben gewesen seien, sondern sich während dieser Zeit der Volksnot bereichert hätten, sprang der Industrielle Landgraf aus Frankenhausen wie von einer Tarantel gestochen auf und wollte den Genossen Sauer am Weiterreden verhindern. Die Mehrheit der Versammlung, in der sich viele Arbeiter befanden, setzte es aber durch, daß Genosse Sauer noch weiter reden durfte. Nach fünf Minuten entzog aber der Versammlungsleiter dem Genossen Sauer das Wort, da die Redezeit überschritten sei. Zum Protest verließen darauf ein großer Teil der Versammlungsbesucher den Saal. Genosse Sauer mußte auf Drängen der Arbeiter seine Ausführungen in der Gaststube zu Ende führen. Diese füllte sich immer mehr, so daß zuletzt die wirkliche Versammlung nicht mehr im Saal, sondern in der Gaststube zu Ende geführt wurde. Entrüstet erklärten die Arbeiter, jenen Herrschaften für ihr Benehmen am 4. Mai die richtige Quittung geben zu wollen. Eins zeigte die Versammlung mit aller Deutlichkeit, daß die Deutschvölkischen die Kommunisten in besonderer Weise belobhudeln, um sie zu unsinnigen Putschen zu veranlassen, damit jenen Herrschaften die Gelegenheit gegeben werden kann, ihre illegalen Kampfverbände dem legalen Machtapparat zur Verfügung zu stellen und die lange geplante „Vernichtung des Marxismus" endlich zur Wirklichkeit wird. Wer dieses erkannt hat, gebe am 4. Mai seine Stimme nur der VSPD.

Alsleben (Saale). Am Mittwoch sprach hier Genosse Petersdorff (Halle) in einer gutbesuchten Wählerversammlung über das Thema: Der 4. Mai — Deutschlands Schicksalsstunde. In glänzender Weise schilderte er in nahezu zweistündigem Vortrag die Bedeutung dieser Wahl. In der Aussprache meldeten sich die Kommunisten Otto und Kürsten (Alsleben). An den sachlichen Worten des Referenten hatten beide nichts auszusetzen, desto mehr mußte die Agitationswalze der kommunistischen Zentrale herhalten. Es kam dabei beiden nicht darauf an, die unverschämtesten Unwahrheiten zu verzapfen. Das Kernstück vollbrachten diese Helden, indem sie ihre Freunde aufforderten, beim Schlußwort den Saal zu verlassen. Der Ruhe und Ueberlegenheit des Versammlungsleiters gelang es, die große Mehrzahl der Erschienenen im Saale zu halten. Genosse Petersdorff verstand es vorzüglich, die Unwahrheiten der Ausreißer richtigzustellen und mit ihnen abzurechnen. Am Schluß forderte er die Anwesenden auf, am 4. Mai der Partei der praktischen Arbeit, der Sozialdemokratie, der Liste Kunert-Krüger ihre Stimme zu geben. Diese Versammlung war ein guter Erfolg für unsere Partei.

Reiden (Kreis Torgau). Eine öffentliche Wählerversammlung der VSPD. fand am Freitag hier statt. Die gutbesuchte Versammlung hörte aufmerksam dem Referat des Genossen Künne (Halle) zu. Der Referent wies darauf hin, daß ein Sieg der Rechten bei den kommenden Wahlen Fortfall der Sozialpolitik sowie aller Arbeitnehmerrechte und Wiederherstellung der alleinigen Herrschaft des Unternehmertums sowie Krieg und Niedergang unserer Wirtschaft bedeuten würde. Aber auch die Kommunisten können durch ihre verderbliche Arbeit der Arbeitnehmerschaft nicht helfen, sondern führen sie dem Untergang entgegen. Wer daher für die Freiheit der Besitzlosen, für den Frieden, die Republik und Verfassung eintritt, muß am 4. Mai seine Stimme der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei geben. In der Aussprache redeten zwei Deutschvölkische allerlei konfuses Zeug, daß es nicht wert ist, darauf einzugehen. Durch einige Zwischenrufe kam zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404291-11/fragment/page=0007
DFG

Ausdruck, daß für die Bestrebungen der Deutschvölkischen in unserem Orte bei der Arbeiterschaft keine Stimmung vorhanden ist. Es war dann auch dem Genossen Künne ein leichtes, die beiden Redner im Schlußwort abzufertigen.

Wimmelburg. Am Sonnabend fand hier eine öffentliche Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Kurt Diete (Eisleben) war erschienen, um dem nationalen Klüngel von Wimmelburg vor der Wahl noch einmal den Weg zu zeigen, wie man zu Deutschlands Größe gelangen will. Los vom Marxismus, los vom Judentum, los vom Versailler Schandvertrag!, das waren die Schlagworte, welche er immer wieder in die Versammlung schleuderte, um seinen Zuhörern zu imponieren. Wenn man aber auf einen großen Erfolg für die Deutschnationalen gerechnet hatte, so hatte man sich gründlich geirrt, denn etwa 70 Prozent der Anwesenden stellte das Proletariat. In der Diskussion wurde der Referent dann vom Genossen Runge und dem Kommunisten Merzinski (Eisleben), Böttge (Wimmelburg) und Liebau (Helfta) so gewaltig abgebürstet, daß er in seinem Schlußwort nicht die Worte fand, den erhobenen Anschuldigungen zu widersprechen. Nur ein hilfloses Gestammel brachte er noch zuwege. Zu begrüßen war, daß der sonst vielfach gewohnte Hick-Hack zwischen VSPD. und KPD. nicht stattfand, sondern man war bestrebt, dem gemeinsamen Feind gehörig heimzuleuchten. Ein voller Erfolg für die Sache des Proletariats!

Brachstedt. Am Sonntagnachmittag sprach hier Reichstagsabgeordneter Genosse Krüger (Merseburg) über die kommenden Reichstagswahlen. Das Referat wurde von allen Anwesenden zustimmend aufgenommen. Wenn auch der Besuch besser sein konnte, so war doch der Erfolg der Versammlung für uns äußerst zufriedenstellend. Eine Anzahl ehemalige Parteigenossen haben den Weg zu uns zurückgefunden. Ebenso wurden verschiedene „Volksblatt"-Leser gewonnen.

Hohenthurm. Am Sonntagabend sprach hier Reichstagsabgeordneter Genosse Krüher (Merseburg) über die kommenden Wahlen. Die gutbesuchte Versammlung war mit dem vorzüglichen Referat voll und ganz einverstanden. Nur einige Kommunisten konnten es sich nicht verkneifen, die altbekannten Zwischenrufe zu machen, die der Referent treffend zurückgab. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Aufforderung des Referenten an die Zwischenrufer, jetzt ihre Weisheit leuchten zu lassen, kamen diese nicht nach, sondern zogen es vor, zu schweigen. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die Partei.

Mühlberg. In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung referierte Landrat Genosse Guske (Merseburg) über die kommenden Wahlen. Die Anwesenden folgten aufmerksam seinen trefflichen Ausführungen, die nur ab und zu von dem Judenfresser Frieße durch Zwischenrufe unterbrochen wurden. In der Debatte sprach ein völkischer Zollbeamter und brachte sein bis jetzt in jeder Wahlversammlung abgeleiertes Programm in Erinnerung. Der Debatteredner sowie der Zwischenrufer wurden von Genossen Guske glänzend abgeführt und mußten unter schallendem Gelächter der Versammlungsteilnehmer abziehen. Wir können mit dem Verlauf der Versammlung zufrieden sein.

Döllnitz. Am Sonntag sprach hier in einer öffentlichen Wählerversammlung Genosse Oelschläger (Halle) über Deutschlands Zukunft und die Wahlen am 4. Mai. In längeren Ausführungen kennzeichnete er das schädliche Treiben der reaktionären Parteien. Die Zuhörer lauschten mit größtem Interesse dem Vortrag und zollten dem Referenten am Schluß reichen Beifall. Einzelne Anfragen in bezug auf die Wohnungszwangswirtschaft wurden im Schlußwort zur Zufriedenheit aller Anwesenden beantwortet. Einstimmig gelobten die Versammelten, am 4. Mai nur der Liste Kunert-Krüger ihre Stimme zu geben.

Dammendorf, Schwerz. Am Sonntag sprach in beiden Orten der Genosse Täumel (Halle) über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Während in Schwerz der Besuch zu wünschen übrig ließ, war er in Dammendorf ein sehr guter. In beiden Versammlungen fand eine längere Diskussion statt. Am bemerkenswertesten war die in der Versammlung in Dammendorf. Nach Schönlank, der für die KPD. eine Lanze brach, wobei man aber nur wieder erkennen konnte, daß man auf Grund seiner Ausführungen die kommunistische Partei falsch beurteilen würde, nahm auch ein deutschnationaler Rittergutsbesitzer zu längeren Ausführungen das Wort, in denen er neben vielen anderen Dingen den anwesenden Arbeitern recht freundlich zuredete, es so wie er selbst zu machen, und sich lieber mehr mit ihrer Berufsarbeit als mit Politik zu beschäftigen. Genosse Täumel deckte im Schlußwort all die Sirenenklänge dieses Redners und ihre wahre Bedeutung auf.

Genossen! Sammelt für den Wahlfonds der Ver. Soz. Partei

Badrina (Kreis Delitzsch). Am Mittwoch, dem 23. April, sprach Genosse Saupe (Halle) in einer öffentlichen Versammlung, die leider nicht besonders gut besucht war, über die politische Lage und die kommenden Wahlen. Seine Ausführungen, in denen er besonders die Bedeutung des 4. Mai für die Landarbeiterschaft aufzeigte, stießen auf heftigen Widerspruch der anwesenden Nationalisten und Kommunisten, die mit Eichler an der Spitze erschienen waren. Dieser ergriff dann auch in der Aussprache das Wort und warf das genugsam Bekannte seiner Walze uns vor. In der Hauptsache befaßte er sich dann mit den rechtsnationalistischen Organisationen, die ja verhältnismäßig stark vertreten waren. Die darauffolgenden Debatteredner, einer von der KPD. und einer vom Wehrwolf, boten ein kostbares Bild, da sie sich gegenseitig allerlei rein Persönliches an den Kopf warfen. Gen. Schwahn legte dann die Stellung unserer Partei zu den Rechtsbolschewisten dar und rechnete scharf mit den Phrasendreschern von links ab. Genosse Saupe stellte im Schlußwort die Verdrehungen richtig, die in der Aussprache sich ergeben hatten. Dabei wurde der Versammlungsverlauf noch sehr stürmisch — besonders als Genosse Saupe auf das „Christenitum" der heutigen Geistlichkeit zu sprechen kam.

Wiedemar (Kreis Delitzsch). Am Donnerstag, dem 24. April, hatte unsere Partei zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, die auch leidlich gut besucht war. Genosse Schwahn (Delitzsch) wies in seinem Referate — dem ruhig und aufmerksam gefolgt wurde — nach, daß nur unsere Partei als Führer zum Aufstieg in Betracht kommen könne und nicht die der Rechts- oder Linksbolschewisten. In der Aussprache wollte der Kommunist Höpping (Glesien) in der üblichen Art und Weise für seine Partei Propaganda machen, fand aber nur Beifall bei seinen, mit ihm aus Glesien erschienenen Freunden. Da er den Genossen Buhle persönlich angegriffen hatte, nahm dieser das Wort und stellte den Ausführungen des Höpping, die reichlich oberflächlich waren, seine tiefschürfenden entgegen, wobei er besonders auf theoretische Grundfragen des Sozialismus in großen Umrissen einging. Nach ihm sprach noch ein anderer, jugendlicher Kommunist, der nichts Neues brachte. Als Genosse Schwahn das Schlußwort ergriff, verließen die Glesiner das Lokal, da sie merkten, daß in der Versammlung für sie nichts zu ernten war. Dafür war sie ein um so größerer Erfolg für uns.

Roitzsch. Am Donnerstagabend hatte die Deutschnationale Volkspartei hier eine öffentliche Versammlung einberufen, in der ein Herr Lanse aus Halle referierte. Seine Ausführungen waren eine richtige Kriegsbrandrede. Unsere Genossen Schliwe und Specht rückten die faustdicken Lügen des Referenten ins rechte Licht. Außerdem sprachen noch die Kommunisten Rethel und Henze. Alle Debatteredner schlossen ihre Ausführungen mit dem Rufe: Wählt am 4. Mai nur Vertreter der Arbeiterparteien. Im Schlußwort versuchte sich der Referent zu rechtfertigen, was ihm natürlich vorbeigelang. Jedenfalls war die Versammlung ein Reinfall für die Deutschnationalen.

Retzschkau. In einer öffentlichen Wählerversammlung, die von allen Schichten der Einwohnerschaft besucht war, sprach Genosse Hirschfeld (Merseburg). Seinen Ausführungen lag der Gedanke zugrunde: „Weiterer organischer Wiederaufbau oder Katastrophenpolitik". Die Politik der Extremen von links und rechts in der Vergangenheit und Zukunft wurde eingehend beleuchtet. Die der Landwirtschaft angehörenden Kreise, insbesondere die anwesenden Arbeiter, folgten mit sichtlichem Interesse den Ausführungen des Referenten. Das Referat fand Beifall und ungeteilte Zustimmung. Eine Diskussion fand nicht statt.

Beyern. Am Donnerstag, dem 24. April, sprach in gutbesuchter Versammlung Genosse Stegmann (Halle) über „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf". An der Aussprache beteiligte sich der Deutschvölkische Asche, der einen fürchterlichen Unsinn verzapfte und für den Stahlhelm und die Deutschvölkische Partei eine Lanze zu brechen versuchte. Dem Lehrer Schulz kann nur dringend empfohlen werden, die Konsequenzen aus seiner Haltung gegen die Republik zu ziehen, bevor seine vorgesetzten Dienststellen gegen ihn einschreiten müssen. Die Versammelten gingen in der Ueberzeugung nach Hause, daß die VSPD. die Partei des arbeitenden Volkes ist.

Schkölen-Räpitz. Genosse Hirschfeld (Merseburg) sprach hier in einer öffentlichen Wählerversammlung unter allgemeiner Zustimmung und dem Beifall der Anwesenden. Den sachlichen Ausführungen trat in der Diskussion kein Redner der anwesenden gegnerischen Parteien entgegen. Der aus der ganzen Umgebung zusammengekommene Stahlhelm hielt sich vorsichtigerweise fern.

Theisa (Kreis Liebenwerda). Die VSPD. veranstaltete hier am 25. April eine Wählerversammlung. Die Ortsbewohner lauschten andächtig den Ausführungen des Referenten, Genossen Neßler (Bockwitz). In einem zweistündigen Vortrag legte dieser die Ziele unserer Partei dar. In der Aussprache war vom Genossen Falkmeier die Frage „Erfüllungspolitik oder Reaktion?" näher beleuchtet. Im Schlußwort behandelte dann Genosse Neßler noch die Frauenfrage. Die Versammlung war ein Erfolg für unsere Sache.

Domsdorf (Kreis Liebenwerda). Am 24. April fand hier eine gutbesuchte Wählerversammlung der VSPD. statt. Genosse Neßler (Bockwitz) war als Referent erschienen; seine Ausführungen machten ersichtlich Eindruck; man merkte der Zuhörerschaft an, daß sie für die Darlegungen unserer Parteipolitik Verständnis hatten. In der Aussprache wurde seitens des Genossen Falkmeier auf das geradezu freche Gebaren der Reaktion scharf hingewiesen. Dadurch fühlte sich ein Stahlhelm-Anhänger veranlaßt, seine Sippe zu verteidigen. Im Schlußwort verstand Genosse Neßler in seiner forschen Art, den Gegner so zurechtzuweisen, daß die Versammlung ein glatter Erfolg für unsere Partei war.

Die Maifeier 1924

sieht die deutsche Arbeiterklasse in des Reichstagswahlkampfes größter Heftigkeit. Obwohl auch wiederum die Parole der Sozialdemokratischen Partei und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes lautet: **Arbeitsruhe in Kontor, Fabrik und Werkstatt,** so sehen unsere Organisationen von Maifeierveranstaltungen gewohnter Art meist ab. Dagegen darf die Parteiarbeit an dem Tage nicht ruhen, sondern muß unter Ausnutzung der den Arbeitgebern und Behörden abgerungenen freien Zeit zur höchsten Entfaltung kommen. Bewerben sich doch von den 23 mit eigenen Wahlvorschlägen im Reiche zugelassenen Parteien auch in unserem Wahlbezirke neben der Sozialdemokratischen Partei 14 Parteien um die Wahlstimmen der Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten, Beamten, Hausfrauen, Dienstboten und dergleichen. Gleichgültigkeit und Stimmenzersplitterung kann sehr leicht zum Nachteile der Arbeiterschaft und aller Minderbemittelten auf wirtschaftlichem und insbesondere auf politischem Gebiete sich auf Jahre hinaus auswirken. Helfen die politisch meist wenig klar sehenden Frauen mit ihren Stimmen den rechtsstehenden Parteien zur Majorität, dann begraben sie damit das von der Sozialdemokratischen Partei ihnen verschaffte Wahlrecht, dann gefährden sie ihr ohnehin noch recht verbesserungsbedürftiges Arbeitsrechtsverhältnis usw. **Die Partei ruft ihre Mitglieder und Anhänger** zur energischen Mitarbeit für einen guten Wahlausgang **auf. Donnerstag kommt die Wahlzeitung Nr. 3** und andere **Wahlmunition,** tragt das Banner des siegenden Sozialismus **von Wohnung zu Wohnung in Stadt und Land. Meldet Euch bei den Parteifunktionären und in den Bezirkslokalen sowie sonst bekannten Stellen.**

Piesteritz

Reichstags- und Gemeindevertreterwahl

Gemäß der Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 14. März 1924 und des Preußischen Gesetzes vom 12. Februar 1924 finden die Wahlen zum Reichstage und gleichzeitig die Gemeindewahlen am

Sonntag, dem 4. Mai 1924

statt. Die Wahlzeit dauert von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Die Wahlhandlung wird pünktlich geschlossen, nur die um 5 Uhr bereits in den Wahllokalen anwesenden Wahlberechtigten können noch abgefertigt werden. Es wird empfohlen, das Wahlrecht möglichst schon in den Vormittagsstunden auszuüben. Die Wähler müssen sich eventuell gehörig ausweisen und haben zu diesem Zweck eine Legitimation (Geburts- oder Trauschein, Fabrikausweis usw.) vorzulegen.

Die Stimmzettel für die Reichstagswahl werden amtlich hergestellt. Sie enthalten alle zugelassenen Wahlvorschläge, die Partei oder ein Kennwort oder die Namen der ersten vier Bewerber jedes Vorschlages. Jeder Wahlberechtigte erhält bei seinem Eintritt in den Wahlraum einen amtlich gestempelten Wahlumschlag je für die Reichstags- und Gemeindevertreterwahl und einen Einheitsstimmzettel für die Reichstagswahl, begibt sich in die sogenannte Wahlzelle, bezeichnet auf dem Einheitsstimmzettel für die Reichstagswahlen durch ein in einem der neben den einzelnen Wahlvorschlägen gedruckten Kreise einzuzeichnendes Kreuz oder auf andere erkennbare Weise, welchem Wahlvorschlag er seine Stimme geben will, faltet den Stimmzettel und legt ihn in den für die Reichstagswahlen bestimmten Wahlumschlag.

Für die Wahlen zur Gemeindevertretung werden Einheitsstimmzettel nicht hergestellt. Die Parteien lassen ihre Stimmzettel selbst drucken und verabfolgen dieselben vor der Wahl eventuell auch vor den Wahllokalen. Im Wahllokal selbst darf eine Verteilung der Stimmzettel nicht stattfinden. Für die Gemeindevertreterwahl nimmt der Wähler denjenigen Stimmzettel, welchem er zustimmen will, steckt ihn dann in den für die Gemeindewahlen bestimmten Wahlumschlag. Die für die letzt bezeichnete Wahl auszugebenden Wahlumschläge unterscheiden sich von den Umschlägen für die Reichstagswahl durch die gelbe Farbe und den Aufdruck „Gemeindewahlen".

Nachdem die Stimmzettel in die Wahlumschläge getan sind, tritt der Wähler an den Tisch des Wahlvorstandes, nennt seinen Namen und Wohnung, eventuell legitimiert er sich durch einen Ausweis. Nachdem der Name in der Wählerliste gefunden ist, werden beide Wahlumschläge dem Wahlvorsteher übergeben, der sie in die Wahlurne legt.

Die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Lage der Abstimmungsbezirke und die Namen der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter werden nachstehend bekanntgegeben.

Bezirk I: Alte Dorfstraße, Bergstraße, Coswiger Straße 166 bis 185, Feldstraße, Möllendorfer Straße, Neustraße, Nordstraße, Oststraße, Südstraße, Schulstraße, Steingutfabrik, Triftstraße, Weststraße, Wilhelmstraße. Wahllokal: **Knabenschule.** Wahlvorsteher: Kaspar, Martin, Schöffe, Coswiger Straße 183. Stellvertreter: Fehmel, Hermann, Maler, Triftstraße 7.

Bezirk II: Am Elbtor, Am Elbufer, Elbhütte, Bachstraße, Coswiger Straße 1 bis 68, Elbstraße, Friedrichstraße, Friedeholzstraße, Kranachstraße, Mittelstraße, Mühlstraße, Ringstraße, Schiffbauerei, Strengstraße, Wiesenstraße, Wirtschaftshof. Wahllokal: **Volksheim.** Wahlvorsteher: Riemichen, Wilhelm, Schöffe, Coswiger Straße 183. Stellvertreter: Kayser, Heinrich, Betriebsrat, Markt 18.

Bezirk III: Am Dreieck, An der Stiege, Am Tore, Bahnhof Piesteritz, Coswiger Straße 95 bis 165, Gartenweg, Gemeindebaracken, Guldenwerke, Gummiwerke Heuweg, Kurzer Hagen, Krummer Weg, Lange Zeile, Marktplatz, Schulplatz, Stiller Winkel. Wahllokal: **Mädchenschule.** Wahlvorsteher: Jäckel, Gustav, Schöffe, Nordstraße 9. Stellvertreter: Schubert, Bernhard, Werkmeister, An der Stiege 5.

Bezirk IV: Baracken der Stickstoffwerke. Wahllokal: **Casino Stickstoffwerke.** Wahlvorsteher: Neue, Arthur, Gemeindesekretär, Neustraße 2. Stellvertreter: Kranz, Alfred, Gewerkschaftsbeamter, Triftstr. 8.

Piesteritz, den 28 April 1924.

Der Gemeindevorsteher.

Bekanntgabe der Wahlvorschläge für die Wahlen zur Gemeindevertretung.

Auf Grund des § 49 der Wahlordnung vom 13. Februar 1924 für die Wahl zu den Gemeindevertretungen am 4. Mai 1924 hat der Wahlausschuß die eingereichten drei Wahlvorschläge zugelassen.

Dieselben lauten:

Wahlvorschlag Nr. 1: Kennwort „Vereinigte Sozialdemokratische Partei":

1. Kaspar, Martin, Möbelhändler, Coswiger Straße 183
2. Riemichen, Wilhelm, Arbeiter, Coswiger Straße 183
3. Schubert, Bernhard, Werkmeister, An der Stiege 5
4. Weichelt, Max, Arbeiter, Krummer Weg 32
5. Scheel, August, Werkmeister, Stiller Winkel 4
6. Schreiber, Heinrich, Arbeiter, Bergstraße 28
7. Reich, Käthe, Hausfrau, Markt 17
8. Meth, Gustav, kaufm. Angest., Weststr. 17
9. Christ, Paul, Glaser, Markt 32
10. Pohlmann, Robert, Lehrer, Feldstr. 13
11. Brunow, Max, Mechaniker, Am Elbufer 14
12. Kleißle, August, Werkmeister, Krummer Weg 27
13. Prievenau, Wilhelm, Maurer, Wilhelmstraße 2
14. Kinkeldey, Karl, Mechaniker, Am Elbufer 14
15. Myrrhe, Karl, Steingutdreher, Schulstraße 29.

Wahlvorschlag Nr. 2: Kennwort „Liste der Kommunisten":

1. Hilgers, Ferdinand, Schlosser, Coswiger Straße 21
2. Jäckel Gustav, Bleilöter, Nordstr. 9
3. Engel, Christian, Steingutdreher, Feldstraße 19
4. Mönning, Frieda, Hausfrau, Schulstraße 1
5. Nowack Kurt, Arbeiter, Coswiger Straße 150
6. Wendt, Gustav, Arbeiter, Strengstr. 7
7. Göbel, Fritz, Arbeiter, Wilhelmstr. 24
8. Schalow, Helmut, Schlosser, Alte Dorfstraße 3
9. Kayser, Heinrich, Schlosser, Am Markt 18
10. Gollmann, Hermann, Zimmermann Mittelstraße 22
11. Rohde, Willi, Arbeiter, Neustraße 11
12. Behse, Anna, Hausfrau, Coswiger Straße 103
13. Klingner, Hermann, Schachtmeister, Neustraße 6
14. Köcher, Bernhard, Arbeiter, Lange Zeile 16
15. Gehrich, Richard, Arbeiter, Gartenweg 39
16. Francke, Fritz, Arbeiter, Strengstr. 8
17. Keßler, Walter, Arbeiter, Baracke 14
18. Heß, Karl, Dachdecker, Feldstraße 1
19. Krüger, Wilhelm, Arbeiter, Gartenweg 15
20. Hannemann, Paul, Arbeiter, Schulstraße 7
21. Kolbe, Richard, Friseur, Coswiger Straße 172
22. Wendt, Frieda, Hausfrau, Strengstr. 7
23. Engers, Adolf, Dachdecker, Mittelstr. 12
24. Hennig, Karl, Arbeiter, Triftstraße 9
25. Wiese, Paul, Arbeiter, Schulstraße 7
26. Rhode, Ernst, Tischler, Strengstr. 8
27. Wenzel, Richard, Schlosser, Schulplatz 15
28. Bode, Paul, Friseur, Schulstraße 8.

Wahlvorschlag Nr. 3: Kennwort „Bürgerliche Liste":

1. Gierock, Karl, Hausbesitzer, Wilhelmstraße 2.
2. Trumpf, Georg, kaufmänn. Direktor, Coswiger Straße 67.
3. Specht, Karl, Lehrer, Coswiger Str. 14.
4. Beneke, Elsbeth, Hausfrau Coswiger Straße 68.
5. Wilke, Ernst, Kaufmann, Coswiger Straße 33.
6. Schmitt, Peter, Meister, Coswiger Straße 156.
7. Leupold, Wilhelm, Landwirt, Alte Dorfstraße 20.
8. Olle, August, Bauunternehmer, Möllendorfer Straße 17.
9. Martin, Ferdinand, Dipl.-Ing., Elbufer 3.
10. Steinbach, Arthur, kaufm. Angestellter, Coswiger Straße 160.
11. Siegert, Arno, Werkmeister, Feldstr. 3.
12. Kuntze, Gustav, Buchbinder, Schulstraße 33.
13. Rudloff, Richard, Kaufmann, Coswiger Straße 173.
14. Dr Gittel, Willy, Chemiker, Coswiger Straße 64.

Da die Wahl zur Gemeindevertretung auf Grund des Verhältniswahlsystems erfolgt, kann der Wähler nicht einen beliebigen Bewerber wählen; er darf bei Abgabe seiner Stimme nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge seine Stimme geben, wenn die Ausübung seines Wahlrechts rechtsgültig sein soll.

Bezüglich der Bezeichnung der Wahlvorschläge durch die Wähler bei der Wahl wird auf die Bekanntmachung vom heutigen Tage betr. Reichstags- und Gemeindevertreterwahl hingewiesen.

Piesteritz, den 28. April 1924.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses.
Kuntz, Gemeindevorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404291-11/fragment/page=0008